:antifaschistische nachrichten

Nr. 21

g 3336 20.10.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Frankfurter Paulskirche besetzt

Fluchtwege öffnen – Flüchtlinge aufnehmen!

Bei der diesjährigen Frankfurter Buchmesse erhält der Algerier Boualm Sansal den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Damit solle „für die Demokratiebewegung in Nordafrika“ ein Zeichen gesetzt werden, heißt es in der Begründung.

Gleichzeitig schotten sich die alten Demokratien in Europa mit allen Mitteln gegen die Nordafrikaner ab, die wirtschaftlicher Not entfliehen und hierzulande ein Auskommen suchen wollen. Anfang des Sommers war das Massensterben von Flüchtlingen im Mittelmeer in den Medien kurze Zeit empört zur Kenntnis genommen worden. Aber die Innenminister

der Europäischen Union verweigerten im Juni die vom UN-Flüchtlingskommissariat geforderte Aufnahme der am meisten bedrohten 8.000 subsaharischen Flüchtlinge aus Tunesien.

In Griechenland will man einen neuen Zaun gegen Flüchtlinge bauen. Und auch der Appell des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Markus Löning, libysche Flüchtlinge aus Tunesien nach Europa zu holen, verhallte ungehört.

Diese unerträgliche Situation wird durch die Europäische Grenzschutzagentur Frontex zusätzlich verschärft, die täglich Flüchtlingsboote an der Weiterfahrt hindert und so mitverantwortlich dafür ist, dass schätzungsweise 2000 Menschen (UNHCR) seit Ende März ertrunken sind. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen fordern deshalb von den europäischen Regierungen, ihren tödlichen Kurs in der Mittelmeerregion zu korrigieren.

AktivistInnen aus Kölner und Frankfurter Gruppen der Flüchtlingssolidarität, aus Antifagruppen und dem *netzwerk kein mensch ist illegal* haben am Donnerstag, 13.10. die Paulskirche besetzt, um auf diese Zustände aufmerksam zu machen. Die Oberbürgermeisterin Petra Roth kam zu einem Gespräch mit den Besetzern in die Paulskirche, an Passanten wurde ein Flugblatt verteilt, das zum Protest gegen die tödliche europäische Flüchtlingspolitik aufruft:

„Empören Sie sich!“ heißt es darin. „Unterstützen Sie MigrantInnen und Flüchtlinge bei Arbeitskämpfen, Auseinandersetzungen mit Behörden und der Organisierung des täglichen Überlebens. Flüchtlinge ohne Papiere brauchen Unterkunft, Einkommen und gesundheitliche Versorgung!… Kämpfen wir gemeinsam für ein würdiges Leben!“

Quelle: PM und Flugblatt netzwerk kein mensch ist illegal Köln ■

Aus dem Inhalt:

Antiziganismus in Bulgarien 5
Zwei NS-Schergen kehren an ihrenTatort zurück 8

Hopp in Krefeld

Krefeld. Er zählte zur Führungsebene in der von Deutschen gegründeten Siedlung „Colonia Dignidad“ in Chile, die während der Pinochet-Diktatur auch als Folterzentrum des chilenischen Geheimdienstes gedient haben soll. Mittlerweile hat Hartmut Hopp in der Krefelder Innenstadt eine Wohnung bezogen. In Chile wurde Hopp wegen Beihilfe zum Kindermissbrauch zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt. In Deutschland werden Hopps Taten als verjährt betrachtet, und darüber hinaus liefert die Bundesrepublik deutsche Staatsangehörige nur in Ausnahmefällen an außereuropäische Staaten aus. Mittlerweile sind gegen den von Interpol gesuchten ehemaligen Arzt der „Colonia Dignidad“ zwei neue Strafanzeigen bei der Krefelder Staatsanwaltschaft eingegangen. Zwei ehemalige Bewohner der Siedlung zeigten Hopp wegen Beihilfe zum sexuellen Missbrauch an. In der zweiten Anzeige geht es um während der Pinochet-Diktatur verschwundene Chilenen. *hma* ■

20 Jahre FHwO

Bad Bevensen. In diesem Monat feiert das „Freundschafts- und Hilfswerk Ost e.V.“ sein 20-jähriges Bestehen. Der von dem ehemaligen NPD-Aktivisten Klaus Hoffmann geleitete Verein organisiert Hilfsgütertransporte für die deutschsprachige Minderheit in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und vergibt finanzielle Zuschüsse an dort lebende Rentner und ehemalige Soldaten der Wehrmacht. Zum diesjährigen Jubiläum veranstaltet der Verein ein großes Fest mit Fotoausstellung, Klavierkonzert und Shantychor. Der Schirmherr des Vereins, Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Heinz Kuhlmann, wird ein Grußwort sprechen. Der Festvortrag wird von Dr. Paul Latussek von der „Landsmannschaft Schlesien“ in Thüringen gehalten, der 2001 als BDV-Vizepräsident amtsenthoben wurde. *hma* ■

Prozess wegen Hetze

Österreich/Schweiz. Seit Ende vergangener Woche müssen sich der steirische FPÖ-Vorsitzende Gerhard Kurzmann und der Geschäftsführer der „Agentur Goal“ aus dem schweizerischen Dübendorf, Alexander Segert, in Graz vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft hat die beiden wegen „Verhetzung“ angeklagt. Die FPÖ in der Steiermark hatte im vergangenen Jahr während des Wahlkampfes ein Computerspiel unter dem Namen „Moschee baba“ präsentiert, in dem man Minarette und Muezzine mit einem Mausklick abschießen konnte. In der Schweiz war eine andere Version des Computerspiels von der Kampagne für ein Verbot von Minaretten eingesetzt worden. Für beide Versionen des Spiels war der in Dübendorf lebende Deutsche Alexander Segert verantwortlich. Dieser entwickelt schon seit vielen Jahren Werbekampagnen für die SVP. Er war auch Mitarbeiter der Zeitung „Schweizerzeit“, die am rechten Rand der SVP angesiedelt ist.

In einem Interview, das Segert 2010 „Welt online“ gab, antwortete er auf die Frage der Journalistin, ob er mit seinen Kampagnen nicht nur vorhandene Ängste in der Bevölkerung aufgreife, sondern auch verstärke: „Na klar, das ist ja auch richtig so.“ Die Grazer Staatsanwaltschaft fordert nicht nur die Bestrafung von Segert und Kurzmann, sondern auch empfindliche Geldstrafen für die FPÖ und die „Agentur Goal“. Denn Segerts Unternehmen sei von der FPÖ durch die staatliche Rückerstattung der Wahlkampfkosten bezahlt worden und habe von der Werbewirkung profitieren können. *hma* ■

Sarrazin in Graz

Österreich/Graz. Auf Einladung des steirischen ÖVP-Bauernverbandes referierte SPD-Mitglied Thilo Sarrazin über „Demographie und die europäische Zukunft“. Unter den – nach Eigenangaben – 700 Zuhörern befand sich auch FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. Vor dem Gebäude demonstrierten Anhänger linker und antifaschistischer Organisationen und Parteien gegen den Auftritt des Buchautors von „Deutschland schafft sich ab“. *hma* ■

Waffen für NPD-Funktionäre vom Reservistenverband der Bundeswehr?

Sachsen. Zu jüngsten Informationen des Internetportals „Gamma“ aus dem internen Email-Verkehr der NPD erklärt Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

„Wenn die Informationen aus dem internen Email-Verkehr der NPD, der mir zugespielt worden ist, zutreffen, dann sind mindestens der NPD-Landtagsabgeordnete Winfried Petzold und der langjährige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Helmut Herrmann (Leipzig) über einen NPD-Kreisrat im Landkreis Leipzig mit Lang- und Kurzwaffen versorgt worden. Laut einer Mail vom 8. Juli 2011 stammen die Waffen vom Reservistenverband der Bundeswehr in Leipzig, wo die drei gemeinsam mindestens in den Jahren 2009 und 2010 regelmäßig an Schießübungen teilgenommen haben.

Nebenbei wird in dem Schreiben, das an eine Reihe sächsischer NPD-Verbände sowie an NPD-Funktionäre wie den Parteivorsitzenden Udo Voigt ging, auch deutlich, dass die Wahl von Holger Apfel in den Stadtrat von Dresden wohl unter Angabe einer falschen Meldeadresse erfolgte. Apfel, der demnächst zum Parteivorsitzenden gewählt werden möchte, stößt offenbar selbst innerhalb des sächsischen Landesverbandes auf heftigen Widerstand einiger Kreisverbände.

Ich sehe in dieser Angelegenheit erheblichen Klärungsbedarf. Nach den Bestimmungen des Waffengesetzes dürften eigentlich gar keine Waffenbesitzkarten an Mitglieder der NPD ausgestellt werden, da dieses unmissverständlich vorschreibt, dass Mitglieder von Gruppierungen, die „gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind“, diese nicht erhalten können. Für mich stellt sich auch die Frage, ob hier nur die Spitze eines Eisberges sichtbar wird und die Bewaffnung der NPD über die genannten drei Personen hinausgeht. Ich finde es in diesem Zusammenhang zumindest befremdlich, dass am Donnerstag Dr. Olaf Vahrenhold, stellvertretender Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, erklärte, sein Amt habe weder Kenntnis von den vor einigen Wochen gehackten Mails der NPD allgemein noch Informationen über Schießübungen von NPD-Funktionären oder deren Bewaffnung.

Der Reservistenverband Leipzig wird erklären müssen, weshalb NPD-Funktionäre dort an Schießübungen beteiligt

Freispurch für Dogan Akhanli!

Istanbul/Köln. Das Strafverfahren gegen den Kölner Schriftsteller Dogan Akhanli ist am 12. Oktober mit einem Freispruch zu Ende gegangen. Akhanli war angeklagt im Jahr 1989 an einem Raubmord beteiligt gewesen zu sein (wir berichteten). Die Verteidigung hat am vierten und letzten Verhandlungstag in ihrem Plädoyer die Ungereimtheiten des Falles nochmals detailliert aufgearbeitet. Die Söhne des Opfers hatten schon vor Gericht ausgesagt, dass Akhanli nicht der Täter sei. Dies hatte die Staatsanwaltschaft jedoch nicht davon abgehalten, am 3. Verhandlungstermin die Verhängung einer erschwerten lebenslangen Freiheitsstrafe zu beantragen.

Das Gericht ist in seiner Entscheidung dem Antrag der Verteidigung vollumfänglich gefolgt und hat Dogan Akhanli freigesprochen. „Der Spuk ist vorbei,“ befand Verteidiger Haydar Erol nach der Urteilsverkündung.Weitere Informationen zu dem Strafverfahren gegen Dogan Akhanli finden Sie unter *Gerechtigkeit-fuer-Dogan-Akhanli.de*

sind, obwohl der Verband seit 2008 einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber Personen hat, die durch extremistische Aktivitäten aufgefallen sind. Er wird auch Auskunft darüber geben müssen, ob und auf welche Weise über ihn Kurz- und Langwaffen in die Hände der genannten NPD-Funktionäre gelangt sind.

Ich werde auf allen mir zur Verfügung stehenden parlamentarischen Wegen Auskunft von der Staatsregierung über diesen Komplex verlangen. Daneben habe ich die fraglichen Mails der Polizei übergeben und Strafantrag gestellt."

PM Kerstin Köditz ■

Foto: Karin Richert

Breiter Protest in Hamm

Hamm. Am 1. Oktober 2011 marschierte die neonazistische Kameradschaft Hamm mit Anhang durch den Stadtteil Heessen, um ihre rassistische Hetze und den Mythos vom „Volkstod" zu verbreiten.

Um dem entgegenzutreten rief das antifaschistische Jugendbündnis „Haekelclub 590" zu einer Demonstration unter dem Motto: „Gemeinsam gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung – Für eine freie Welt ohne Grenzen!" auf. Diesem folgten über 600 Menschen aus den verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Kreisen.

Anders als im letzten Jahr ließen sich viele Anwohner_innen nicht von Polizei und Nazis einschüchtern. Mehrfach gelang es Gruppen von jungen und alten Anwohner_innen und anderen Gegendemonstrant_innen, die es trotz der Abriegelung nach Heessen geschafft hatten, an die Nazis heran zu kommen und konnten so immer wieder den Aufmarsch stören. Viele Anwohner_innen hatten die Bündnisplakate in die Fenster gehängt oder hielten sie aus den Fenstern, während der Aufmarsch an ihnen vorbei zog.

http://okt1.noblogs.org ■

Faschistischer Mordversuch in Riegel

Emmendingen. In den Abendstunden des 1. Oktober wurde ein 21-jähriger Antifaschist in Riegel im Landkreis Emmendingen von einem regional bekannten Nazifunktionär mit dem PKW angefahren und dabei schwer verletzt. Der 29-jährige Faschist fuhr mit hoher Geschwindigkeit und zielbewusst in eine Gruppe von AntifaschistInnen hinein. Der Betroffene schaffte es nicht mehr, sich vor dem herannahenden Wagen in Sicherheit zu begeben und wurde durch den Aufprall des PKWs gegen die Windschutzscheibe und über das Fahrzeug geschleudert. Nachdem der Antifaschist reglos am Boden liegen blieb, wurde er von Herbeieilenden umsorgt, bis er von Rettungskräften narkotisiert in das Freiburger Uniklinikum gebracht werden konnte.

Der Faschist flüchtete nach der Tat kurzzeitig. Die Ärzte des Uniklinikums mussten den Betroffenen die gesamte Nacht hindurch künstlich beatmen. Er erlitt, neben zahlreichen Hämatomen und Prellungen, eine Hirnblutung, die durchaus auch mittel- und langfristige Folgen mit sich bringen kann. Der Täter ist ein langjährig bekannter Funktionär der regionalen Naziszene, der im letzten Jahr einen faschistischen Aufmarsch in Offenburg anmeldete und auch in diesem Jahr an einem am 22. Oktober stattfindenden Aufmarsch der Rechten in Offenburg eine Rede halten soll.

Nur wenige Tage vor der Tat profilierte sich der Täter auf der Internetplattform „Facebook" mit Beschreibungen von möglichen Formen des Mordes an politischen Gegnern.

Presserecherchen zufolge sind seit 1990 insgesamt 137 Menschen durch rechte Gewalt umgekommen, wobei die Dunkelziffer weitaus höher liegen dürfte.

Der aktuelle Fall reiht sich in die bedrohliche Erstarkung einer bundesweiten, gewalttätigen faschistischen Bewegung ein. Gegen die menschenverachtende Ideologie der Faschisten und ihre tödlichen Konsequenzen gilt es sich nun gemeinsam und entschlossen zur Wehr zu setzen. Um zukünftige Mordattentate der Faschisten verhindern zu können, muss ein breitgefächerter und vielfältiger Widerstand etabliert werden.

Weitere Infos: http://enough-is-enough.tk ■

Kampagne „Kein Kiez für Nazis" startet

Mecklenburg-Vorpommern ist eine Hochburg der radikalen Rechten. Nach wie vor sitzt die neofaschistische NPD mit fünf Abgeordneten im Landtag. Einen Monat nach den Landtagswahlen startet deshalb die Kampagne „Kein Kiez für Nazis!"

Zwar hat die NPD, trotz massiver Hilfe der Bundespartei und lokaler Neonazikameradschaften, etwa ein Drittel ihrer

Wählerstimmen verloren, doch das kann nur ein kleiner Trost sein. Bei den Kommunalwahlen, die im gleichen Zeitraum wie die Landtagswahlen stattfanden, konnte die NPD sogar stark zunehmen. Diesen Ergebnissen gegenüber steht eine weiter sinkende Wahlbeteiligung. Die Menschen verlieren zunehmend das Vertrauen, dass die Probleme der Menschen ernst genommen werden und nach Lösungen gesucht wird. Neofaschistische Strukturen werden stärker, rassistische und nationalistische Einstellungen verfestigen sich immer weiter in der Gesellschaft. Um auf diese wachsende Gefahr aufmerksam zu machen, starten wir einen Monat nach den Landtagswahlen mit der Kampagne „Kein Kiez für Nazis!".

Wir wollen in den nächsten Monaten Möglichkeiten aufzeigen, wie mensch rechten Meinungen entgegenwirken kann. Das Zusammentragen von bereits bekanntem Wissen und neuen Ideen ist unser Ziel. Helft deshalb mit und werdet selbst aktiv gegen rassistische, nationalistische und sexistische Hetze. Engagiert euch gegen Neonazis in eurer Umgebung. Für alle muss klar sein: Weder in der Stadt noch auf dem Dorf ist Platz für Neofaschi-st_Innen!

http://ipar.blogsport.de/neofa/ ■

Kommission soll Grundrechtsverstöße aufarbeiten

Dresden. Eine Sonderkommission der Bürgerrechtsorganisation „Komitee für Grundrechte und Demokratie" hat sich am Montag konstituiert. Ziel der „Untersuchungskommission 19. Februar" soll es sein, die „vielfältigen staatlichen Verstöße gegen Grundrechte" während und nach der Proteste gegen den Naziaufmarsch am 19. Februar aufzuarbeiten. Die Arbeit der Kommission könne zur Versachlichung der Diskussion beitragen, so die SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Friedel.

Zur Erinnerung: Am 19. Februar blockierten mehr als 15.000 Menschen in der Dresdner Südvorstadt dutzende Verkehrsknotenpunkte, sodass mehrere geplante Nazidemonstrationen nicht durchgeführt werden konnten. In einer Straße in der Südvorstadt kam es zu brennenden Barrikaden und Steinwürfen auf PolizistInnen. Die Polizei ging gegen alle Formen des aktiven Protestes äußert hart vor

und verletzte mindestens 200 Personen durch Schlagstöcke, Pfefferspray, aber auch durch Bisse von Hunden. Der Großteil der Nazis sammelte sich nicht in Dresden, sondern im südlich gelegenen Freital. In mehreren Großgruppen liefen die Nazis nach Dresden. Eine Gruppe griff, trotz mehrerer tausend PolizistInnen in der Stadt, ein alternatives Wohnprojekt im Stadtteil Löbtau an.

Bereits am Abend des 19. Februar stürmte ein Spezialeinsatzkommando das Pressebüro des Bündnis „Dresden Nazifrei". Die Personen in dem Büro wurden in Gewahrsam genommen. Mittlerweile wurde die Razzia als rechtswidrig eingestuft und Schadensersatz geleistet. Im Juni fand die taz heraus, dass die Staatsanwaltschaft Dresden und das LKA Sachsen eine Funkzellenabfrage (FZA) durchgeführt hat. Diese darf eigentlich nur bei erheblichen Straftaten eingesetzt werden. Genutzt wurden die daraus gewonnenen Daten allerdings u.a. in Ermittlungsverfahren gegen BlockiererInnen des Naziaufmarsches. Außerdem ermittelt das sächsische LKA gegen mittlerweile über 20 Personen wegen dem „Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung", die in Sachsen Jagd auf Nazis gemacht haben soll. Deshalb wurden im April zahlreiche Wohnungen durchsucht. Zur Begründung führte die Polizei beispielsweise Telefonate an, in denen sich Personen über zeitgleich stattfindende Naziversammlungen unterhielten.

Sachsen hat es in den vergangenen Jahren geschafft, zivilgesellschaftliches Engagement enorm zu verunsichern und dem vielfach geforderten „Aufstand der Anständigen" einen herben Dämpfer verpasst. Ob die Landesregierung und die ermittelnden Behörden nach der Vorlage des Berichts der Kommission einlenken werden, ist ungewiss. In der Vergangenheit zeigte sich gerade die schwarz-gelbe Landesregierung beratungsresistent.

http://www.addn.me/ ■

Rechtspopulist_innen hetzten im Regen

Mannheim. Die Rechtspopulist_innen von „PINews" und der „Bürgerbewegung Pax Europa" hielten unter Polizeibe- und -überwachung am Samstag, den 8. Oktober 2011, ihren obskuren, öffentlichen Auftritt in Mannheim ab. An der – für eine Kundgebung definitiv unattraktivsten – Stelle des Paradeplatzes, die der Fußgängerzone direkt entgegengesetzt ist, spulten sie über Stunden ihr bekanntes Programm ab. Auch das Wetter ließ die Rechtspopulist_ innen im Regen stehen, besonders ärgerlich für die Veranstalter_innen, denn vor zwei Wochen hätten sie wenigstens im Sonnenschein gestanden. Doch die geplante Kundgebung vor zwei Wochen verhinderten Gegenproteste und eine antirassistische Demo.

Dass sie in Mannheim nicht erwünscht sind, wurde ihnen am Samstag zum wiederholten Male deutlich gemacht. Das Bündnis „Mannheim gegen rechts" rief erneut zu einer zeitgleich stattfindenden Kundgebung gegen die Rechtspopulisten in der Fußgängerzone auf. Etwa 50 Menschen versammelten sich, um zu zeigen, dass dieser rassistische Unsinn in Mannheim nicht unwidersprochen bleibt. Wir werden auch weiterhin deren Aktivitäten genau beobachten und unseren Widerstand dagegen organisieren.

Mannheim gegen rechts, 10.10.2011 ■

Holocaustüberlebende Celine van der Hoek de Vries starb in Amsterdam

Im Alter von 91 Jahren verstarb in Amsterdam Celine van der Hoek-de Vries. Ihre Freunde aus der VVN-BdA und aus dem Förderverein Gedenkstätte Steinwache/Internationales Rombergparkkomitee trauern um die Überlebende des Holocaust und langjährige Präsidentin des Internationalen Rombergkomitees, dem sie seit vielen Jahren angehörte.

Die Jüdin und Sozialistin aus Amsterdam reihte sich früh in den antifaschistischen Widerstandskampf ein. Sie wurde über das KZ Westerbork nach Auschwitz deportiert. Obwohl Brillenträgerin, wurde die junge Frau zur Arbeit und nicht zur Vernichtung eingeteilt, – auf der Rampe vernebelte der Lokomotivendampf ihre Brille, so dass sie diese im entscheidenden Moment absetzte. Die SS trieb sie zur Zwangsarbeit ins KZ Auschwitz-Monowitz und in verschiedene weitere Lager. Am 9. Mai wurde sie in der Tschechoslowakei von der Roten Armee befreit, kehrte in ihre Heimat zurück und setzte sich für den Wiederaufbau ein. Sie wurde Tanz- und Gesangslehrerin, später Kauffrau. Im letzten Lebensjahrzehnt hat sie wieder und wieder vor der Jugend in den Niederlanden und in Deutschland gesprochen, – vorher war sie nicht in der Lage, das Unfassbare zu schildern. Sie war eine der letzten Zeitzeuginnen, die sich in Nordrhein-Westfalen der wichtigen Aufklärungsarbeit zuwandte. Sie verband stets das Ringen um den Frieden mit der Aufklärung über neuen und alten Faschismus. Unermüdlich wirkte sie besonders in Dortmund, und sie war eine unentbehrliche Mitstreiterin des Internationalen Rombergparkkomitees, der VVN-BdA und der Föderation des Internationalen Widerstandes FIR. Die VVN-BdA spricht Celines Antifaschistischem Bund in den Niederlanden und ihrer Familie ihre Anteilnahme aus. *VVN-BdA NRW* ■

„Pro Köln" hetzt gegen Autonomes Zentrum

Köln. „Pro Köln", die Spezialisten für Demagogie, schamlose Übertreibungen und glatte Lügen, schreckt wieder einmal vor keinem noch so grellen Bild zurück: In Köln-Kalk treibt eine „rote SA" ihr Unwesen: „Zuerst terrorisiert man Anwohner und Passanten, dann versucht man auch noch offizielle Sitzungen der Bezirksvertretung zu sprengen". Gemeint sind Betreiber(innen) und Besucher(innen) des Autonomen Zentrums AZ) in der Wiersbergstraße, die sich, laut pK „rechtsfreie Räume" geschaffen hätten.

Passiert war Folgendes: In der Sitzung der Kalker Bezirksvertretung am 29. September, in dem es um einen Bebauungsplan ging, der den Abriss des AZ vorsieht, hatten dessen Unterstützer(innen) lautstark protestiert, was zu einer Unterbrechung der Tagung durch Bezirksbürgermeister Thiele führte. Danach ging es ohne nennenswerte Störungen weiter – die Azler(innen) verließen den Sitzungssaal. Vorher hatte noch der pK-Bezirksvetreter Markus Wiener mit geschüttetem Wasser Bekanntschaft gemacht. So brutal äußert sich die „rote SA".

Abgesehen davon, dass die Beschimpfung als SA in höchstem Maß verlogen ist, relativiert sie auch noch den Terror der historischen SA der Nazis, auf deren Konto tausende Ermordeter gehen. Wer mündlichen Protest in einem Parlament und einen nassen Mandatsträger damit gleich setzt, verharmlost das tödliche Wüten der Nazis. Möglicherweise ist aber genau das für „pro Köln", deren Funktionäre häufig auf eine Vergangenheit in Neonazi-Organisationen zurückblicken können, ein erwünschter Nebeneffekt.

In der Hauptsache aber geht es Wiener und seinen Gesinnungsgenossen darum, ein Thema, das breit diskutiert wird, aufzugreifen, um den eigenen rechten politischen Einfluss zu vergrößern. Der Hinweis darauf, dass Kalk „bei Wahlen eine pro-Köln-Hochburg" sei (so heißt es auf der pK-Homepage) macht das deutlich. Dem gleichen Zweck dient auch die angekündigte Demonstration unter dem Motto „Keine rechtsfreien Räume in Kalk: Linksautonomes Zentrum schließen!", die am 19. November durch den Stadtteil führen soll. Es ist bereits jetzt sicher, dass sich die Kalker Antifaschist (inn)en diese Provokation nicht gefallen lassen und zu Gegenaktivitäten mobilisieren werden – und das ist auch gut so. *tri* ■

Antiziganismus in Bulgarien

Die Gewalt gegen die Minderheit der Roma eskaliert kurz vor den bulgarischen Präsidentschaftswahlen, die rassistische Partei „Ataka" will davon profitieren.

Nachdem ein Rom in der Stadt Katuniza, 160 Kilometer östlich von Sofia, für den Tod eines 19-jährigen Jugendlichen verantwortlich gemacht worden war, kam es zu pogromartigen Ausschreitungen von rechten Bulgaren.[1] Mehrere Häuser und Autos des Beschuldigten wurden in Brand gesetzt. Fußballhooligans aus dem benachbarten Plovdiv schlossen sich den gewaltsamen Ausschreitungen an. Es kam zu Auseinandersetzungen mit den angerückten Polizisten. Dabei starb ein 16-jähriger Junge angeblich an Herzversagen, fünf Menschen wurden verletzt. Die Polizei nahm seitdem rund 400 Randalierer fest. Zudem wurde der Rom selbst festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, den Jugendlichen absichtlich überfahren zu haben.

Die Ausschreitungen gegen Roma weiteten sich auf ganz Bulgarien aus. Vor allem die rassistische Partei „Ataka" organisierte die Proteste in der Hoffnung, bei den anstehenden Präsidentschafts- und Kommunalwahlen am 23.10.2011 Stimmengewinne verbuchen zu können. Rund 2.200 Menschen gingen in insgesamt 14 Städten auf die Straße – in den Nächten weiteten sich die Proteste dann zu Gewaltexzessen aus. Nach Zusammenstößen mit der Polizei wurden in Blagoewgrad zum wiederholten Male Dutzende von Protestierern festgenommen. Zuvor hatten rechte Skinheads Jugendliche im Roma-Viertel angegriffen. In den Tagen nach den Ausschreitungen in Katuniza demonstrierten in der Hauptstadt Sofia bis zu 2.000 Menschen.[2]

Vor allem Jugendliche zogen wiederholt mit rassistischen und nationalistischen Parolen wie „Zigeuner zu Seife" oder „Alle Zigeuner raus" durch die Straßen und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei.[3]

Die landesweiten Unruhen in Bulgarien haben zu Massenfestnahmen in mehr als einem Dutzend Städten geführt. Beamte internierten mehr als 160 Menschen und konfiszierten kleine Sprengsätze, Messer und Schlagstöcke. Die jüngsten Auseinandersetzungen gelten in dem ärmsten Land der Europäischen Union als die schwersten Krawalle seit 1997. Damals löste eine Wirtschaftskrise mit folgender Hyperinflation Unruhen aus.

Die Proteste wurden erstmals in den sozialen Netzen im Internet organisiert. Die bulgarische Polizei beobachtete mehrere Facebook-Gruppen. So wurden etwa im Internet vorsätzlich Mitteilungen über angeblich durch Roma begangene Verbrechen verbreitet, die es in Wirklichkeit nie gegeben habe.

Die regierende konservative GERB wies Einschätzungen zurück, es habe sich bei den jüngsten Ausschreitungen um Gewalt zwischen ethnischen Volksgruppen gehandelt und verwies jeden rassistischen Hintergrund in das Reich der Spekulation. Der Präsidentschaftskandidat der GERB, Rosen Plevneliev stellte fest:[4] „Das waren rein kriminelle Taten und keine ethischen Spannungen."

Ataka und BNS

Nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Bulgarien orientierten sich die geistigen Eliten des Landes vor allem an nationalistischen Denkschemata aus der Vergangenheit. Fast 500 Jahre lang war Bulgarien eine Provinz des Osmanischen Reiches.[5] Für die Bulgaren begann ihre Geschichte der Neuzeit erst mit der „Nationalen Wiedergeburt" und dem Beginn des bewaffneten Widerstandes gegen die Osmanen 1876. Dieser Aufstand endete mit dem Massaker von Batak; die Osmanen liquidierten dort tausende aufständische Bulgaren sowie Teile der Zivilbevölkerung. Das Massaker von Batak wurde zu einem nationalistischen Gründungsmythos des bulgarischen Staates.

Die rassistische Partei „Ataka" verbreitet Hetze gegen bulgarische Türken und Roma. Ataka wurde im April 2005 gegründet und erreichte bei den Parlamentswahlen zwei Monate später bereits 8,8 % der Stimmen. Bei der Europawahl 2007 erhielt die Partei 14,2 % und entsandte 3 Abgeordnete ins Europäische Parlament. Ihr Vorsitzender Volen Siderov nannte als Vorbild den Schweizer Rechtspopulisten Christoph Blocher.[6]

In programmatischer Hinsicht setzte Siderov ganz auf die rassistische Karte: er versprach, „Bulgarien an die Bulgaren zurückzugeben" und „die Zigeuner dorthin zu stecken, wo sie hingehören – in Lager". Kurz nach der erfolgreichen Wahl war auf einem Forum auf der Homepage von Ataka eine Liste mit den Namen von 1 500 bulgarischen Juden zu sehen, die angeblich „den Staat beeinflussen" würden. In Kommentaren wurden sie als „Mitglieder einer gefährlichen Rasse" beschimpft, die „es verdienen, vernichtet zu werden."[7]

Bei den Parlamentswahlen 2009 konnte Ataka das Ergebnis von 2005 noch steigern und kam auf 9,3 % der Stimmen. Am 20. Mai 2011 kam es vor der Banja-Baschi-Moschee in Sofia zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Ataka und Moscheebesuchern. Fünf Menschen, darunter zwei

Demonstration in Berlin am 6. Oktober gegen die Pogrome in Tschechien und Bulgarien

Mitglieder der Partei wurden dabei verhaftet. Führende Politiker des Landes sprachen von einer „beunruhigenden Eskalation der Fremdenfeindlichkeit und des religiösen Hasses".[8]

Der 2001 gegründete „Bulgarische Nationalbund" (BNS), unter ihrem Anführer Bojan Rasate verbreitet nationalistische Hetze gegen die türkische Minderheit, Roma, die Europäische Union und den „Zionismus". Die Jugendorganisation der BNS, die „Bulgarische Nationale Garde" tritt in der Öffentlichkeit in schwarzen Hosen, braunen Hemden, schwarzen Hosenträgern und schwarzen Baretten auf; die Anlehnung an die Uniformen der SS ist gewollt.

Die „Bulgarische Nationale Garde" griff eine Schwulen- und Lesbenparade in Sofia im Juni 2008 mit Steinen und Molotowcocktails an.[9]

Rasate steht in Kontakt mit der NPD und der rumänischen extrem rechten „Nua Dreapta", die ähnlich wie die BNS

in Rumänien eine Pogromstimmung gegen die dort ansässigen Roma schürt.

Mit antiziganistischen Hetzparolen versucht die BNS Stimmung zu machen. Ihr Vorsitzender Rasate sagte in einem Interview:[10] „Zu Beginn muss ich betonen, dass wir im Gegensatz zu anderen patriotischen Organisationen die Zigeuner nicht als Teil des bulgarischen Volkes betrachten. Von fremder Kultur rede ich bewusst nicht, weil sie keine Kultur haben. (…) Wir können heute nicht daran denken, die Zigeuner einfach umzubringen. Die Zeiten sind andere. Aber derzeit werden die Zigeuner gegenüber den Bulgaren bevorzugt. Das Gesetz gilt nicht für alle. (…) Für eine Zigeunerfamilie bedeuten mehr Kinder: mehr Sozialhilfe und mehr Arbeitskräfte, als Bettler, Diebe, Prostituierte. Die Einnahmen fließen in die Haushaltskasse."

Weiterhin sprach sich Rasate für einen „Ariernachweis" aus, da „die Menschen unterschiedlich geschaffen" wurden. Er definierte die „bulgarische Rasse" als „weiß mit europäischen Gesichtszügen".[11]

Diskriminierung der Roma in Bulgarien

Vor allem nach dem Ende des kommunistischen Regimes in Bulgarien sehen sich die Roma in Bulgarien durch gewalttätige rassistische Ausschreitungen bedroht. Rassismus wegen ihrer Hautfarbe, Sprache und Kultur waren die Roma in Bulgarien, die gemeinsam mit den bulgarischen Türken landesweit die größte Minderheit stellten, bislang ebenso gewöhnt wie schikanöse Behandlungen durch Behörden und Justiz. Wie in allen anderen osteuropäischen Ländern sind die Roma in Bulgarien die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Analphabetenquote, der bittersten Armut, kürzesten Lebenserwartung und höchsten Kindersterblichkeit, allenfalls geduldet am Rande der Gesellschaft, verfolgt, gedemütigt, vogelfrei. Schätzungen gehen von 600.000-800.000 Roma aus, die in Bulgarien leben. Die Roma leben in allen Provinzen Bulgariens, ihr höchster Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt in der Provinz Montana (12,5 %) und der Provinz Sliwen (12,3 %). Im Jahre 1997 lebten 84 % der bulgarischen Roma unter der Armutsgrenze.

Vor allem in der Bildungspolitik manifestiert sich die Benachteiligung der Roma:[12] „Ein Monitoring-Bericht des Open Society Institute hat festgestellt, dass Roma-Kinder und Jugendliche weniger wahrscheinlich in Grundschulen und weiterführenden Schulen angemeldet werden als die Mehrheit der Bevölkerung, und es ist auch weniger wahrscheinlich, dass sie ihre Ausbildung abschließen, selbst wenn sie zur Schule gehen. Zwischen 60-77 % der Roma-Kinder gehen in die Grundschule (Alter 6-15), im Vergleich zu 90-94 % der Bulgaren insgesamt. Nur 6-12 % der Roma-Jugendlichen schreiben sich in der Sekundarstufe (Alter 16-19) ein. Die Drop-out-Rate ist bedeutend, aber schwer zu messen, wie viele formal eingeschrieben sind, aber selten am Unterricht teilnehmen. Der Bericht zeigt auch, dass Roma-Kinder und Jugendliche de-facto getrennte „Roma-Schulen" in mehrheitlich Roma-Stadtteilen und Dörfern besuchen. Diese „Roma-Schulen" bieten minderwertige Qualität der Bildung, viele sind in einem schlechten Zustand und es fehlen notwendige Einrichtungen wie Computer. Als Ergebnis ist die Alphabetisierungsrate bei Roma, die bereits unter der der ethnischen Bulgaren liegt, noch viel geringer für die Roma, die getrennte Schulen besucht haben."[13]

Michael Lausberg ■

Anmerkungen

1 www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,788920,00.html
2 www.fr-online.de/politik/bulgarien-hass-auf-roma-,1472596,10919666.html
3 www.dw-world.de/dw/article/0,,15424686,00,html
4 www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,788920,00.html
5 Härtel. H.-J./Schönfeld, R.: Bulgarien. Vom Mittelalter bis in die Gegenwart, Regensburg 1998, S. 16f
6 Mayer, G./Odehnal, B.: Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa, St. Pölten/Salzburg 2010, S. 266
7 Ebd., S. 267
8 Frankfurter Rundschau vom 22.5.2011
9 Mayer/Odehnal, Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa, a.a.O., S. 271
10 Ebd., S. 273ff
11 Ebd., S. 275
12 Barany, Z.D.: The East European gypsies: regime change, marginality, and ethnopolitics.
13 Text im Original:
„A monitoring report by the Open Society Institute found that Roma children and teenagers are less likely to enroll in both primary and secondary schools than the majority population, and less likely to complete their education if they do. Between 60-77% of Roma children enroll in primary education (age 6-15), compared to 90-94% of ethnic Bulgarians. Only 6-12% of Roma teenagers enroll in secondary education (age 16-19). The drop-out rate is significant, but hard to measure, as many are formally enrolled but rarely attend classes. The report also indicates that Roma children and teenagers attend de-facto segregated „Roma schools" in majority-Roma neighbourhoods and villages. These 'Roma schools' offer inferior quality education; many are in a bad physical condition and lack necessary facilities such as computers. As a result, Roma literacy rates, already below those for ethnic Bulgarians, are much lower still for Roma who have attended segregated schools."

Literatur

- Barany, Z.D.: The East European gypsies: regime change, marginality, and ethnopolitics. Cambridge 2002
- Frankfurter Rundschau vom 22.5.2011
- Härtel. H.-J./Schönfeld, R.: Bulgarien. Vom Mittelalter bis in die Gegenwart, Regensburg 1998
- Mayer, G./Odehnal, B.: Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa, St. Pölten/Salzburg 2010
- www.dw-world.de/dw/article/0,,15424686,00,html
- www.fr-online.de/politik/bulgarien-hass-auf-roma-,1472596,10919666.html
- www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,788920,00.html

Demonstration gegen Pogrome in Tschechien und Bulgarien

Berlin. Aufgrund der rassistischen Ausschreitungen und Übergriffe gegen die ansässigen Minderheiten der Roma der Tschechischen Republik und in Bulgarien und der passiven Haltung der Regierungen hatte die „Zusammen-Handeln!"-Kampagne zur Demonstration am 6. Oktober nach Berlin-Mitte mobilisiert. Während der Demonstration erfolgte die Übergabe von Petitionen, die die Forderungen der Kampagne gegenüber der tschechischen und der bulgarischen Regierung, sowie der europäischen Kommission bezüglich des Umgangs mit den antiziganistischen Pogromen beinhalten.

Um 16 Uhr versammelten sich über zweihundert Menschen zur Auftaktkundgebung an der tschechischen Botschaft, um ihre Solidarität mit den Opfern der Pogrome zu bekunden und der Petitionsübergabe beizuwohnen, diereibungslos verlief. Der Diplomat übernahm das Dokument mit der Zusage, es an die verantwortlichen Stellen weiterzuleiten. Währendessen wurde der erste Redebeitrag verlesen, der die Chronik der Ausschreitungen veranschaulichte, die seit Ende August in Südböhmen andauern.

Der Demonstrationszug bewegte sich danach in Richtung der Europäischen Kommission, wo die nächste Petitionsübergabe stattfinden sollte. Die Route führte an der rumänischen Botschaft vorbei. Hier wurde im Vorbeigehen ebenfalls ein Redebeitrag verlesen, da auch in Rumänien große Ressentiments der Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Roma mit gleichzeitiger staatlich verordneter, struktureller Diskriminierung existieren.

Ein Vertreter der Jugendorganisation von Amarod Rom, eine Selbstorganisierung von Roma, hielt eine Rede, die die aktuelle Situation in Europa, aber auch die der historischen Kontinuität der Verfolgung zusammenfasste und allgemeine Forderungen, wie die Durchsetzung der Menschenrechte mit allen realpolitischen Konsequenzen, formulierte. Ein weiterer Beitrag widmete sich der medialen Dar-

stellung von Roma in Deutschland. Der Demozug, der inzwischen auf rund 300 Teilhehmer_innen angewachsen war, legte an der deutschen Vertretung der europäischen Kommission Unter den Linden eine Zwischenkundgebung ein, um die Petition des Bündnisses zu übergeben. Hierbei kam es zu Komplikationen, da die Polizei die Zwischenkundgebung in eine Seitenstraße verlegen wollte. Doch die Demoleitung weigerte sich erfolgreich, sodass die Kundgebung wie geplant abgehalten werden konnte. Auch erschien – trotz Verabredung – der zuständige Diplomat zunächst nicht. Die Forderungen wurden darum über den Lautsprecher so lange laut vorgelesen, bis der Zuständige mit 20 Minuten Verspätung erschien und die Petition entgegennahm. Während der Übergabe kam es mit dem Vertreter zu einem interessanten Gespräch, in dem er äußerte, dass das Problem in der nationalstaatlichen Zuständigkeit liege und „Sanktionen gegen Mitgliedstaaten unpopulär“ seien. Dennoch werde das Dokument als Petition gewertet und dem Petitionsausschuss übergeben. Somit hat die „Zusammen-Handeln!“-Kampagne ein Statement in dieser Sache bei der EU eingereicht.Während der Zwischenkundgebung wurde auf die Situation in Ungarn, wo sich mehr und mehr postfaschistische (Gesellschafts)Strukturen eta-blieren konnten, und auf die historischen Wurzeln des europäischen Antiziganismus verwiesen.

An der bulgarischen Botschaft wurde während der Petitionsübergabe die Chronik der rassistischen Ausschreitungen in Bulgarien vorgelesen, die ihren Anfang Ende September genommen und sich flächenbrandartig innerhalb weniger Tage im ganzen Land ausgebreitet haben. Der Staatsangestellte legte während der Überreichung der Petition zunächst eine gewisse Abwehrhaltung an den Tag, die vor allem aus der ungenauen Kenntnis der Vorgänge in seinem Heimatland resultierte.

Die Demonstration hat in einer Zeit der sozialen Entsolidarisierung gezeigt, dass grenzüberschreitende Solidarität der einzige Lösungsansatz für innereuropäische Krisen ist. Es waren viele Aktivist_innen zugegen, die sich schwerpunktmäßig mit diesem Themenkomplex beschäftigen, aber auch Menschen, die durch die Heftigkeit der Pogrome zur Demonstration mobilisiert werden konnten.

Wer Interesse daran hat, dass sich die Bedingungen für Sinti und Roma verbessern, ist dazu aufgerufen, sich an der Faxaktion der „Zusammen handeln!“-Kampagne zu beteiligen.

Kampagne „Zusammen handeln! - Gegen rassistische Hetze und soziale Ausgrenzung!“, 10.10.2011, Berlin ■
Kampagne_Zusammen_handeln@gmx.de

Das Geschäft mit der Angst

Tagung der Info- und Bildungsstelle Rechtsextremismus (ibs) über den Vormarsch der Rechtsaußenparteien in Europa

Köln. Von Freitag, 14. bis Samstag, 15. Oktober tauschten Experten und Expertinnen Informationen über Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Muslimfeindlichkeit in Europa aus. Mit ca. 180 Teilnehmern war die Tagung „Das Geschäft mit der Angst“ ausgebucht.

Das rasante Anwachsen von Islam- und Muslimfeindlichkeit wird von vielen Studien, z. B. der SINUS-Studie, bestätigt. Auch die großen Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien, z. B. in Norwegen, Dänemark und den Niederlanden, decken die großen Vorurteile gegenüber Muslime in der Bevölkerung auf. Für die Rechtsaußen-Parteien war die Hinwendung zur Islamfeindlichkeit die Eintrittskarte in die Mitte der Gesellschaft. So gelangten sie teilweise schon in Regierungen und können in einigen europäischen Staaten mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen.

Vorgeschoben wird eine Religionskritik, doch handelt es sich im Falle der Islamfeindlichkeit um Rassismus. Eine Gruppe von Menschen wird aufgrund eines Merkmals als nicht gleichwertig angesehen. Die Gleichsetzung im Fall der Islamfeindlichkeit lautet z. B.: Religion = Islam = rückständig = Unterdrückung der Frau = Zwangsheirat und Ehrenmord oder Zugewanderte = Islam = Gewalt = Bedrohung.

Islamfeindlichkeit, darin waren sich die Experten einig, nimmt zu und ist in Europa gleichermaßen stark verbreitet. Es herrscht starkes Misstrauen und Argwohn gegenüber Muslime. So sind 39 Prozent der Deutschen der Ansicht, Muslime seien intolerant und gewalttätig. Dabei spielt die tatsächliche Anzahl der Muslimen an der Bevölkerung keine Rolle. In der Schweiz kam es 2009 zu einem Verbot von Minaretten, obwohl es in der ganzen Schweiz nur vier Minarette gab. Für die Rechtspopulisten der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) ein Riesenerfolg: 57,5 Prozent der Abstimmenden sprachen sich für das Verbot aus.

Der Rechtspopulismus ist eine Erneuerungsbewegung der extremen Rechten. Sie loben Heimat, Glaube und Identität – Werte, die sie auch gewaltsam gegen „Kulturfremde“ verteidigen. Freiheit und Bürgerrechte soll es eben nicht für „Kulturfremde“ geben.

Marie Kuster ■

Zwei NS-Schergen kehren an ihren Tatort zurück

Im Rahmen eine Studienreise besuchte der Jugendclub Courage Köln u.a. zwei Orte in Griechenland, in deren Geschichte sich besonders zwei Nazis unvergesslich eingebrannt haben: Fritz Schubert in Chortiatis und Max Merten in Thessaloniki. Beide sind nach 1945 noch einmal an den Ort ihrer Untaten zurückgekehrt – aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichem Ausgang ihrer Reise.

Gedenkfeier am 2. Sept. 2011 für die 149 Opfer des „Jagdkommando Schubert" in Chortiatis am 2. Sept. 1944

1. Fritz Schubert

2. September 1944 – 6 Wochen vor dem Abzug der Deutschen aus Griechenland.

An einem Wasserreservoir, unterhalb von Chortiatis auf der Straße über Panorama nach Thessaloniki, trifft ein PKW der Gestapo auf eine Gruppe von Partisanen der ELAS, die an einem Wasserreservoir lagern. Die Partisanen eröffnen das Feuer. Es wird mindestens ein Deutscher verletzt, nach anderen Berichten getötet. Dem Fahrer gelingt es, den Wagen zu wenden und in die Kaserne nahe Thessaloniki zurück zu kehren.[1] (Nach anderen Berichten wird die Fahrzeugbesatzung von den Partisanen gefangen genommen.)[2]

Die örtliche Heeresleitung alarmiert das „Jagdkommando Schubert".

Thessaloniki ist zu dieser Zeit ihr Einsatzraum. Sie sind ein Sonderkommando aus deutschen Wehrmachtsangehörigen und griechischen Kollaborateuren unter der Führung des Oberfeldwebels der deutschen Reichswehr, Fritz Schubert. Sie sind spezialisiert auf Strafaktionen nach Partisanenüberfällen auf Angehörige oder Einrichtungen der Reichswehr. Sie haben sich auf Kreta und in Makedonien durch ihre beispiellose Brutalität gegenüber der Zivilbevölkerung einen Namen gemacht.

„Gegen Nachmittag kamen die Deutschen mit 32 Lastwagen auf Chortiatis zu. Sie umzingelten den Ort und trieben die Einwohner, derer sie habhaft wurden, auf dem Platz vor dem Rathaus zusammen. Es waren nur ältere Menschen, Frauen und Kinder." Das berichtete uns Emanuelis, der damals 7 Jahre alt war, und den seine Mutter zum einige Kilometer entfernten Weingut seiner Familie geschickt hatte.[3] Der Vater war in Thessaloniki, der größere Bruder bei der Herde, Mutter und Schwester zu Hause

Der Bürgermeister, der noch versuchte zu vermitteln, wurde vor den Augen der Leute erstochen. 66 wurden in der Backstube des Ortes eingeschlossen. Bestialisch wurde mit Maschinengewehren hineingeschossen, das Backhaus angezündet und abgebrannt.

Andere wurden in ihren Häusern verbrannt oder auf dem Platz umgebracht.

Insgesamt mordete das Schubert-Kommando an diesem Nachmittag 149 Einwohner von Chortiatis zwischen 1 und 98 Jahren. Emanuelis' Mutter und seine Schwester waren unter ihnen. Alle Häuser des Ortes wurden geplündert und angezündet.

Im Sommer 1947 kehrte Fritz Schubert unter falschem Namen nach Griechenland zurück. Vermutlich um verstecktes Beutegut zu bergen. Trotz seiner Tarnung wurde er erkannt und am 5. August 1947 von einem Sondergericht für Kriegsverbrecher in Athen zum Tode verurteilt. Die öffentliche Hinrichtung erfolgte am 22. Oktober 1947.

2. Dr. Max Merten

Max Merten war ein deutscher Jurist, der von August 1942 bis März 1944 als Kriegsverwaltungsrat die Abteilung „Verwaltung und Wirtschaft" beim Wehrmachtsbefehlshaber Saloniki-Ägäis in Saloniki leitete. Er wurde im Februar 1943 Vorsitzender der Koordinierungsgruppe der Sonderkommission für die Vorbereitung und „Endlösung" der Judenfrage in Thessaloniki.

In ihrem Buch, Réina Gilberta, *Ein Kind im Getto von Thessaloniki* schreibt Nina Nahmia: „Merten war ein würdeloser Mensch. Ein ganz gewöhnlicher Verbrecher. Genau das richtige Subjekt zur Umsetzung der teuflischen Plane des ‚Führers'. Was ihn über alles interessierte, war, an das Vermögen der reichen Juden zu kommen. Die einfachste, arglistige Methode dazu, die Merten als erste anwandte, ist, solche Juden mit erfundenen Beschuldigungen in die Gefängnisse von Eptápyrgos zu werfen und ihnen, nach deutschem Gesetz, mit der Todesstrafe zu drohen. So gelang es ihm, von der jüdischen Gemeinde große Geldbeträge zu erpressen, um die unschuldigen Opfer zu entlasten und freizulassen. Die zweite Methode ist, die Juden zu schwerer Zwangsarbeit zu zwingen und für ihre Freilassung große Lösegelder zu fordern. [4] (In den Anklagepunkten 11, 12, 13, 15 und 16 wird Merten später solcher Anklagepunkte für schuldig erkannt und allein dafür jeweils zwischen 1 und 15 Jahren Haft verurteilt.)[5]

Merten ist aber mit dieser finanziellen Ausbeute noch nicht zufrieden. Er will noch mehr. … Ganz plötzlich wechselt er vom Terror zu einer zuvorkommenden, höflichen Handlungsweise, lockert die Zügel der stark Unterdrückten, damit diese weniger stöhnen. Auf diese Weise will er alle von seinen guten Vorsätzen über-

Die Hinrichtung von Fritz Schubert. Nach Auskunft unserer Gesprächspartner am 2.9.2011 in Chortiatis wurden die Fotos erst vor kurzem wiedergefunden und veröffentlicht.

zeugen. Die Juden, die nach einer menschlichen Behandlung dürsten, wie der Baum nach etwas Wasser, lassen sich leicht täuschen und laufen blindlings in diese tückische Falle.

Merten trifft sich mit dem Rat der jüdischen Gemeinde und gibt sein Ehrenwort als Offizier, dass er die Juden in Zukunft nicht weiter behelligen werde, falls sie für ihn die Summe, die er benötige, auftreiben würden. Die jüdischen Ratsherren schütteln ihm voller Rührung die Hand und versprechen, alles zu unternehmen, obwohl die Summe, die er fordert, möglicherweise ihre Kräfte übersteigt. Merten zeigt sich sehr zufrieden. Um seiner Genugtuung Ausdruck zu verleihen, erlaubt er ihnen in Raten zu zahlen, damit sie Zeit hätten, ihr Vermögen zu liquidieren und die Gelder zu beschaffen."[6]

In den Tagen vom 15. März 1943 bis 9. Mai wurden 43 500 Mitglieder der jüdischen Gemeinde in 16 Zügen mit jeweils 40 Waggons nach Auschwitz transportiert und meist sofort vergast und verbrannt. Als nach dem 3. Transport festgestellt wurde, dass unterwegs viele Transportierte sterben, erhöhte man die Zahl pro Transport von 2500 auf 2800 Menschen, von 62 auf 70 Menschen pro Waggon.

Die Sonderkommission gab den Juden vor der Abreise noch die Möglichkeit, Drachmen in Zloty umzutauschen, um sie im Glauben zu bestärken, es gehe um eine Umsiedlung nach Polen. Solche zynischen Strategien, wie auch das Gerücht nach jedem Transport, dieser sei der letzte, kamen ebenfalls aus dem Stab der Kommission Merten.

Nach getaner Tat verließ Merten Thessaloniki im März 1944.

Im April 1957 kehrte er nach Thessaloniki zurück, um seinem damaligen Chefdolmetscher, Arthur Meißner, der ebenfalls in Griechenland als Kriegsverbrecher galt, zur Rückerstattung seiner enteigneten Druckerei zu verhelfen.[7]

Obwohl er sich vorher bei der Deutschen Botschaft die Unbedenklichkeit seiner Reise bescheinigen ließ, wurde Merten gleich nach seiner entlastenden Aussage für Meißner (er sei unschuldig, er habe nur auf Befehl gehandelt) verhaftet. Trotz intensiver Bemühungen der deutschen Regierung und seiner griechischen Seilschaften im konservativen Lager blieb Merten zwei Jahre in Haft und wurde am 5. März 1959 in 13 von 20 Anklagepunkten schuldig gesprochen und zu 25 Jahren Haft verurteilt.[8]

Man kann viel darüber spekulieren, wieso er, die Botschaft und seine prominenten politischen Mitstreiter die Lage so falsch eingeschätzt hatten.Vielleicht hat ihn jemand ins offene Messer laufen lassen, vielleicht wurde auch von allen das komplexe „Spannungsfeld von Wiedergutmachungs- und Wirtschaftspolitik zwischen Griechenland und der Bundesrepublik"[9] unterschätzt.

Der Fall Merten und die griechischen Entschädigungsforderungen

Der „Fall Merten" ist in jüngster Zeit wieder Thema geworden:[1] In der griechischen Öffentlichkeit ist in der aktuellen Diskussion über die geforderten Zwangsmaßnahmen der sog. Troika gegen die griechische Bevölkerung wieder die Reparationsfrage ins Gespräch gekommen. Die deutsche Presse hatte sich in besonders übler nationalistischer Weise über die „mangelnde Bereitschaft der Griechen zu sparen" ausgelassen. Es wird vielfach angenommen, dass auch die Verhaftung Mertens in Zusammenhang mit der Diskussion um Reparationsforderungen der griechischen Regierung 1956 in Verbindung steht. Am 10. März 1956 war es zu einem Abkommen zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland über Regelung finanzieller Probleme gekommen. Bonn sagte ein zinsfreies Darlehen über 240 Mio. DM zu; (Zustimmung des Bundestages am 27.9.56)[2] Gegenüber der griechischen Regierung zeigte die Bonner Bundesregierung keinerlei Bereitschaft irgendwelche Verhandlungen über Entschädigungen aufzunehmen. Nichts von dieser gespannten Situation wissend, fuhr Merten im April 1957 nach Thessaloniki und wurde verhaftet. Von Beginn an wurden Verbindungen zwischen der Verhaftung und der Verweigerung von Entschädigungszahlungen gezogen. Und in der Tat, am 27. März 1958, kam es zu einem ersten „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Griechenland über wirtschaftliche Zusammenarbeit". Das Abkommen umfasste sieben Punkte und regelte alle in Frage kommenden Angelegenheiten.[3]

Merten wurde trotz seiner Verurteilung zu 25 Jahren Haft nur 8 Monate nach dem Urteil, am 5. November 1949 in die Bundesrepublik abgeschoben und nach wenigen Tagen auf freien Fuß gesetzt.

Im März 1960 erhielt Griechenland von der Bundesregierung eine einmalige Zahlung von 115 Mio. DM zuerkannt.[4]

1 Lunapark 21, S. 48 und 51
2 Diss. Merten S. 108
3 Diss. Merten S. 109
4 Lunapark 21, S. 48

Holocaust-Mahnmal in Thessaloniki

Merten wurde infolge einer Amnestie des griechischen Parlaments am 5. Nov. 1959 nach Deutschland abgeschoben. Auf dem Flughafen in München wurde er gleich bei seiner Ankunft wegen eines 1957 ausgestellten Haftbefehls verhaftet aber nach wenigen Tagen wieder entlassen. Das Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Beihilfe zum Mord an über 50 000 Juden wurde am 4. Juni 1968 eingestellt.[10] Merten starb am 21. Sept. 1971, mit 60 Jahren, in Berlin.[11]

Im Gerichtsverfahren wurde Merten zwar in 13 von 20 Anklagepunkten schuldig gesprochen, er wurde der Plünderung und der Deportation an über 50.000 Juden überführt und zu 25 Jahren Haft verurteilt. In beiden Verfahren – in Athen und später in München – wurde ihm aber jegliche Kenntnis davon abgesprochen, dass die Verschleppten nach Polen in den Tod fuhren. Besonders bei den verantwortlichen NS-Schergen in Griechenland scheint die juristische Strategie gut funktioniert zu haben, dass alles die Schuld derer war, die tot oder erfolgreich untergetaucht waren.

Was am Fall Merten bemerkenswert ist: Er war führend, organisierend und verantwortlich an einer der schändlichsten und größten Naziaktion gegen eine jüdische Stadtbevölkerung beteiligt.

In Deutschland fand man ihn nach kurzer Zeit in den Kreisen wieder, die von Naziverbrechen eher als unbelastet galten:

Er war 1952 gemeinsam mit den Kreisen um Heinemann und Rau Mitgründer der Gesamtdeutschen Volkspartei und wurde in den juristischen Auseinandersetzungen in den 60iger Jahren in der BRD von Gustav Heinemann, dem späteren Bundespräsidenten, und Diether Posser, denspäteren NRW-Justiz- und Finanzminister-minister, vertreten.

Für seine 2½ Jahre Haft in Griechenland wird ihm eine Haftentschädigung zugesprochen.[12] Er arbeitete bis zu seinem Tod als Rechtsanwalt in Westberlin.

Peter Bach ■

Anmerkungen:

1 Eigenes Interview Emanuelis
2 http://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_Chortiatis vom 10.10.2011
3 Eigenes Interview Emanuelis
4 http://de.wikipedia.org/wiki/Max_Merten am 14.10.2011
5 Nina Nahmia, Réina Gilberta S. 49
6 Diss. Merten S. 122, Nina Nahmia, Réina Gilberta S. 49, 50
7 Diss. Merten S. 107
8 aaO. S. 125
9 aaO S. 126
10 aaO S. 130
11 http://de.wikipedia.org/wiki/Max_Merten am 11.10.2011
12 Der Spiegel 32/1961

Quellenverweise:

Nina Nahmia, Réina Gilberta – Ein Kind imGetto von Thessaloniki, Metropol-Verlag, Berlin 2009, S. 49, 50
Dr. Max Merten – ein Militärbeamter der deutschen Wehrmacht im Spannungsfeld zwischen Legende und Wahrheit, Inauguraldissertation zur Erlangung eines Doktors der Philosophie der Universität Mannheim, vorgelegt von Wolfgang Breyer aus Frankenthal, Mannheim 2003
Interview Emanuelis v. 2.9.2011 in Chortiatis
http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=43365428&aref=image035/0548/cqsp196132063-P2P-063.pdf&thumb=false vom10.10.2011

Leichen im Fluss

In Frankreich wird des 50. Jahrestags des Massakers von Paris gedacht. Am 17. Oktober 1961 töteten Polizisten etwa 300 unbewaffnete algerische Demonstranten.

Ein Staatsverbrechen findet seine späte Anerkennung. Noch nie sprach man in Frankreich so viel von dem Polizeimassaker an rund 300 Menschen, das mitten in Paris stattfand und sich an diesem Montag, den 17. Oktober zum fünfzigsten Mal jährt. Es war das größte Massaker an Demonstranten, das jemals in Westeuropa stattfand und mehr Tote forderte als die Schüsse auf dem Tian An Men-Platz in Peking 1989.

Seitdem die etablierten Linksparteien seit Ende September 11 zum ersten Mal in der Geschichte der Fünften Republik eine Mehrheit im Senat – dem parlamentarischen „Oberhaus" – errungen haben, sind neue Initiativen zur Anerkennung des Mords an mutmaßlich etwa 300 Nordafrikanern geplant. Der frisch gewählte sozialistische Senator David Assouline kündigte am 10. Oktober 11 auf einer Veranstaltung in einem stark überfüllten Pariser Kabarettsaal an, er werde sich dafür einsetzen, dass der Senat eine Gedenkplakette an der Seinebrücke von Saint-Michel anbringe, wo viele der Toten an jenem 17. Oktober 1961 in den Fluss geworfen wurden.

Im Herbst 2001, vor dem vierzigsten Jahrestag, ließ die damals seit kurzem und erstmals seit 100 Jahren „links" regierte Stadt Paris – im März jenes Jahres war die „rosa-rot-grüne" Kommunalregierung unter Bertrand Delanoë in das Rathaus eingezogen – dort ihrerseits eine Plakette an der Seinebrücke von Saint-Michel anbringen. Eine allererste ausdrückliche Anerkennung auch von offizieller Seite. Von konservativer Seite gibt es dagegen bis heute erbitterte Widerstände, auch wenn die Zeiten der expliziten Leugnung der damaligen Realität inzwischen vorüber sind. Assouline erinnerte vor den mehreren hundert Teilnehmern, die zehn Euro Eintritt für die Debatte mit zahlreichen Musikeinlagen vom Montag bezahlt hatten, an die Sitzung im Pariser Stadtparlament vom 24. September 2001. Auf die Attentate vom elften September anspielend, habe die Rechte damals gewettert, es handele sich bei der geplanten Anbringung der Gedenkplakette um „eine Provokation", die „gerade jetzt falsch" sei. Assouline erinnerte auch an eine Debatte am selben Ort, die 1961 stattgefunden hatte. Stadtverordnete der regierenden Rechten riefen damals aus, all diese „feindlichen Agenten", gemeint waren die im Raum Paris lebenden Algerier, müsse man „vom französischen Territorium entfernen". „Leider", bedauerte einer von ihnen – ein gewisser Alex Moscovitch – am 27. Oktober 1961, „liegt es nicht in der Kompetenz des Stadtrats von Paris, die dafür benutzten Schiffe zu versenken".

Die Debatte vom Montag, den 10. Oktober war nur der Auftakt zu einer ganzen Serie von Initiativen und Mobilisierungen, die die laufende Woche prägen werden. Einen ihrer Höhepunkte bildet, neben einem internationalen Kolloquium am Samstag (15. Oktober) in den Räumen der französischen Nationalversammlung mit französischen, britischen und algerischen Historikern, eine Demonstration am heutigen Montag, den 17. Oktober. Sie wird vor dem Cinéma Rex im Pariser Zentrum ihren Ausgang nehmen und zur Seinebrücke von Saint-Michel führen. Also von einem der Schauplätze, wo zuerst besonders viele Algerier erschossen und erschlagen wurden, zum Hauptschauplatz der Schlächtereien; die Saint Michel-Brücke liegt in unmittelbarer Nähe der Polizeipräfektur, in deren Innenhof viele der Opfer erschlagen wurden. Auch waren viele von ihnen an dieser Stelle, gefesselt oder durch Schläge betäubt, ins kalte Flusswasser geworfen worden.

Bei der Demonstration werden 300 Pappschilder mit den Namen der bekannten Opfer oder an jenem Tag „Verschwundenen" vorangetragen werden. Von den Grünen über die radikale Linke bis zu den großen Gewerkschaften CGT und CFDT sowie Migrantenvereinigungen rufen unterschiedliche Kräfte dazu auf. Zuvor werden, um 12 Uhr mittags, der Pariser Bürgermeister von Bertrand Delanoë und der algerische Botschafter in Frankreich zusammen einen Kranz an der Saint Michel-Brücke niederlegen.

Auch in Nanterre und Bobigny – also Bezirkshauptstädten in der Nähe von Paris – und mehreren anderen Vorstädten der Hauptstadt, in Grenoble, Montpellier, Lyon, Marseille oder andernorts werden Theaterstücke, Demonstrationen, Debatten und Filmvorführungen zum Thema stattfinden. Nanterre ist eine jener Industriestädte, in denen 1961 noch Holz- und Blechbaracken das migrantische Proletariat beherbergten. Aus den als Bidonvilles (Kanisterstädte) bezeichneten Slums, die in den siebziger Jahren zerstört wurden, strömten an jenem 17. Oktober 1961 die algerischen Arbeiter aus den westlichen Pariser Vororten auf die Pariser Place de l'Etoile. Zuvor bereits hatte ein Teil der Massenpresse gegen die „nordafrikanische Invasion mitten in Paris" gehetzt.

Es ging damals darum, gegen eine abendliche und nächtliche Ausgangssperre zu protestieren, die seit dem 5. Oktober über alle im Raum lebenden Algerier – und, da die Polizei nach rassistischen Kriterien und Aussehen verfuhr, faktisch über alle Nordafrikaner oder „südländisch Aussehenden" – verhängt worden war. Frankreich befand sich in der Endphase seines blutigsten Kolonialkriegs überhaupt, des im November 1954 durch den Aufstand des FLN (Front de libération nationale) begonnenen Algerienkriegs. An jenem Abend waren die Demonstranten, auf ausdrückliche Anordnung des FLN hin, ausnahmslos unbewaffnet. Ihr Ordnerdienst beschlagnahmte sogar Taschenmesser. Die ersten Erschossenen fielen bereits auf der Brücke von Neuilly, die den Westeingang des Pariser Stadtgebiets markiert, und erste Algerier wurden dort ertränkt. Doch die 20 000 bis 30 000 Demonstranten drängten zum Teil nach – manche machten jedoch angesichts der extremen Gewalt kehrt – und marschierten in ihrer Mehrheit zum Stadtzentrum. Dort wartete die prügelnde, schießende und mordende Polizei unter den Befehlen des berüchtigten Präfekten Maurice Papon auf sie. Neben den über 600 „Verschwundenen", von denen mutmaßlich die Hälfte ermordet wurde – manche von den Überlebenden mögen im Anschluss untergetaucht sein –, wurden rund 12 000 Nordafrikaner festgenommen und in improvisierte Internierungslager gepfercht. Etwa in der Pferderennbahn von Vincennes, die im Stadtwald südöstlich von Paris liegt. Ähnlichkeiten etwa zum berühmten Stadion von Santiago de Chile im September 1973 sind natürlich rein zufällig.

Jahrzehnte lang herrschte in der Öffentlichkeit beinahe absolutes Schweigen über dieses vielleicht dunkelste Kapitel der Geschichte Frankreichs nach dem Zweiten Weltkrieg – neben der Rolle der französischen Staatsmacht beim Völkermord in Rwanda von 1994. Und auch die dominierenden Kräfte der Linken machten den 17. Oktober 1961 später selten zum Thema. In der Geschichtsschreibung ihrer lange Zeit stärksten Kraft, also der Französischen Kommunistischen Partei und bei der Jahrzehnte lang mit ihr verbündeten Gewerkschaft CGT, wurde dieses Ereignis lange Zeit konsequent verdrängt. Zwar legten einige ihrer Mitglieder – wie der Photograph der Parteizeitung L'Humanité, Georges Azenstarck, der die Leichen vor dem Rex-Kino mit eigenen Augen gesehen und auch fotografiert hatte – immer wieder Zeugnis ab. Azenstarcks eindrücklichste Fotos sind jedoch einige Zeit später in den Archiven von L'Humanité verschwunden, wie er im Oktober 2010 dem Verfasser dieser Zeilen berichtete.

Die Zeitung, die damals ihren Sitz gegenüber von dem berühmten Kino hatte, öffnete ihre Räumlichkeit an jenem Abend nicht für die verfolgten Algerier, wobei ihre Direktion sich über das Ausmaß des Schreckens im Unklaren war. Und in ihrer späteren Geschichtsdarstellung überwog stets ein anderes Datum, um die Schrecken der Kolonialkriege zu

illustrieren: Am 8. Februar 1962 waren, bei einer Demonstration für „Frieden in Algerien“ – explizit für die Unabhängigkeit eintreten wollte die Partei anders als die radikale Linke damals nicht – neun Mitglieder von KP und CGT bei der Métrostation Charonne durch die Polizei getötet worden. Ihr Drama wog in der offiziellen Parteigeschichte lange Zeit de facto schwerer, als der Tod der 300 Algerier. Die radikalere Linke thematisierte hingegen ihrerseits mitunter „den 17. Oktober“: Der antikolonialistische Filmemacher René Vautier führte im Januar 1973 einen Monat lang einen Hungerstreik durch, um die Aufhebung der Zensur für den Film „Oktober in Paris“ zu erreichen. Dieser Film des früheren Résistancekämpfers und Biologen Jacques Panijel war unmittelbar beim ersten Versuch seiner Ausstrahlung, 1962, durch die Polizei beschlagnahmt und sofort verboten worden. Vautier erreichte seine Freigabe.

In den achtziger Jahren war die Erinnerung scheinbar verblasst. Mouloud Aounit, der frühere Vorsitzende der Antirassismusbewegung MRAP, erinnerte am Montag daran, dass „wir vor dreißig Jahren mit höchstens zwanzig Leuten auf der Seinebrücke standen“: „Wir waren nicht einmal zahlreich genug, um alle die Transparente hochzuhalten, die wir mitgebracht hatten.“

1991 erschien, zum dreißigsten Jahrestag des Massakers, darüber jedoch ein Buch unter dem Titel *La Bataille de Paris* – unter Anspielung auf die „Schlacht von Algier“ während des Algerienkriegs, von 1957 –, das durch den Historiker Jean-Luc Einaudi verfasst worden war. Es brachte zum ersten Mal in einem Teil der intellektuellen Öffentlichkeit wieder Licht ins Dunkel jener Ereignisse. Vier Jahre später erschien ein Buch der Journalistin Anne Tristane, das einige der wenigen vorhandenen Fotos zum Thema enthielt, Le silence du fleuve („Das Schweigen des Stromes“). Auf dem anarchistischen Sender Radio Libertaire fanden 1995 Debatten zum Thema statt. Doch bis dieses Wissen in breitere Teile der Gesellschaft eindrang, würde es noch abermals mehrere Jahre dauern.

Am 26. März 1999 erteilte die auf „Pressestraftaten“ – wie Beleidigung, Diffamierung oder Volksverhetzung – spezialisierte Strafkammer des Pariser Gerichts Maurice Papon, dem Hauptverantwortlichen des Polizeimassakers an mehreren hundert algerischen Immigranten, auf der ganzen Linie Unrecht gegen Jean-Luc Einaudi. Er hatte ein Verfahren gegen den Historiker wegen „übler Nachrede“ angestrengt und verloren. Einaudi hatte damit acht Jahre nach Erscheinen seines Buches die Mauer aus „offizieller Version“ und Schweigen über das Massaker von 1961 zu ihrem offiziellen Einsturz gebracht.

Bernhard Schmid, Paris ■

:flucht und migration

Bundesregierung lässt UNHCR mit Flüchtlingen in Libyen und Tunesien allein

„Die Bundesregierung und die Mehrheit der EU-Staaten verweigern weiter die Aufnahme von subsaharischen Flüchtlingen aus Libyen und Tunesien“, kritisiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Wie eine Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (17/6991) zeigt, soll sich daran auch nichts ändern. Ulla Jelpke weiter: „Derzeit befinden sich in Ägypten, Tunesien und Libyen selbst 8000 vom Hohen Flüchtlingskommissar der UN (UNHCR) registrierte Flüchtlinge und mehr als 3000 Schutzsuchende. Für 2900 dieser Flüchtlinge hat der UNHCR um Aufnahme in den EU-Staaten gebeten. Nur 303 Aufnahmezusagen hat er erhalten. Deutschland nimmt keinen einzigen dieser Flüchtlinge auf.

Stattdessen sollen im Rahmen eines sogenannten Regionalen Schutzprogrammes Libyen, Tunesien und Ägypten in die Lage versetzt werden, sich selbst um Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge zu kümmern. So begrüßenswert das auch erscheinen mag – es bedeutet das Out-Sourcing der Verantwortung für Schutzsuchende, die auf ihrem Weg in die EU in den nordafrikanischen Staaten gestrandet sind. Die EU will sich ihrer menschenrechtlichen Verantwortung durch bare Münze entledigen. Schutzsuchende, die sich dennoch auf den Weg in die EU machen, werden unter Koordination der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX auf Hoher See abgefangen und zurückgeschickt.

Die EU macht in Sachen Flüchtlingspolitik da weiter, wo sie vor dem Arabischen Frühling angefangen hat – Abschottung, Abschiebung und Abwälzen der flüchtlingsrechtlichen Verantwortung in die Nachbarstaaten. Die heute formal vom EU-Rat beschlossene FRONTEX-Verordnung ist ein weiterer Baustein dieser Strategie. Neben einem Aufwuchs an Kompetenzen und Personal sieht sie vor, dass FRONTEX verstärkt mit Behörden von Nicht-EU-Staaten kooperieren kann. Damit sollen diese Staaten noch enger in das Grenzregime der EU eingebunden werden.“

Die Antwort auf die Kleine Anfrage kann per mail in meinem Berliner Büro angefordert werden.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Flüchtlinge bei Integrationskongress ausgegrenzt

Saarland. „Das Reden über Integration gehört zum modischen Repertoire von Parteien. Die Praxis ist weniger schön. Zu einer ernst gemeinten Integrationspolitik gehört für mich die Abschaffung des Flüchtlingslagers Lebach.“ So kommentiert Peter Nobert vom Saarländischen Flüchtlingsrat die inhaltliche Ausrichtung des 3. saarländischen Integrationskongresses am 19.10.2011 in Dillingen/Saar. Die Lebenssituation von Asylsuchenden und Flüchtlingen im Saarland wird auf diesem Kongress komplett ausgeblendet.

„Flüchtlinge werden beim Integrationskongress ausgegrenzt. In unserer Gesellschaft ist zwar sehr viel von Integration die Rede, wenn es allerdings um die Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen geht, ist das Gegenteil der Fall“, so Peter Nobert. Die saarländische Flüchtlingspolitik ziele auf Nicht-Integration und Abschreckung. So sei das Leben im Lager Lebach für viele langjährig geduldete Flüchtlinge zu einem Dauerzustand geworden. Sie würden staatlicherseits in eine sozial und ökonomisch aussichtslose Lage gezwungen, statt Rahmenbedingungen für ihre gesellschaftliche Integration zu schaffen. Viele Flüchtlinge würden auf diese Situation mit Depression und Krankheit reagieren.

„Angesichts der Tatsache, dass sich der diesjährige Saarländische Integrationskongress schwerpunktmäßig mit der Frage der Gesundheitsversorgung von Migrantinnen und Migranten beschäftigt, ist es ein Unding, dass die prekäre gesundheitliche Situation der Flüchtlinge im Lager Lebach überhaupt nicht thematisiert werden soll. Wer über das Flüchtlingslager Lebach und Abschiebungen nicht reden möchte, sollte über Integration schweigen“, so Peter Nobert.

Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.
www.asyl-saar.de ■

Demonstration gegen Isolationslager und Residenzpflicht in Erfurt

BREAK ISOLATION!
Alle Flüchtlingslager schließen – Residenzpflicht Abschaffen!
Für eine Gesellschaft jenseits von Ausgrenzung und Unterdrückung – für selbstbestimmtes Leben und Flüchtlingsselbstorganisation

ERFURT, 22. Oktober 2011
10 Uhr Dauerkundgebung am Anger
14 Uhr Demonstration ab Hauptbahnhof

Appell für eine neue Flüchtlingspolitik

Das Flüchtlingsdrama an Europas Außengrenzen verschärft sich. Das Mittelmeer wird zum Massengrab der namenlosen Flüchtlinge, die Zahl der Ertrunkenen steigt. Allein in den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind 1674 Flüchtlinge im Kanal von Sizilien ertrunken. Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, doch Europa trägt nur eine sehr kleine Last. Die EU schottet sich gegenüber den Schutzsuchenden ab.

Zehn Organisationen und Initiativen haben sich nun zusammengeschlossen und einen Appell verfasst: Das „Manifest für ein Europa der Humanität – Sechs Einsprüche gegen das Grenzregime". (s. unten)

Darin fordern Pro Asyl, medico international, Brot für die Welt, amnesty international, Borderline Europe – Menschenrechte ohne Grenzen, Kommitee für Grundrechte und Demokratie, Bundeskoordination Internationalismus, Karawane für die Rechte der Flüchtlinge, Afrique-Europe-Interact, Netzwerk MIGRA, MIGREUROP das Ende der tödlichen europäischen Abschottungspolitik.

Ab sofort bis zur Herbstkonferenz der Innenminister im Dezember im Frankfurt am Main kann das Manifest unterzeichnet werden. Die gesammelten Unterschriften werden an die Innenminister übergeben.

http://bewegung.taz.de/manifest

Manifest für ein Europa der Humanität und Solidarität

Sechs Einsprüche gegen das Grenzregime

I. Das Mittelmeer wird zum Massengrab der namenlosen Flüchtlinge. Die Zahl der Ertrunkenen steigt. Die EU verschließt den Schutzsuchenden aus Nordafrika den Zugang, überlässt sie in unwirtlichen Wüstenlagern entlang der tunesisch-libyschen Grenze sich selbst. Allein in den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind 1674 Flüchtlinge im Kanal von Sizilien ertrunken. Berichte über unterlassene Hilfeleistung durch Militärverbände oder kommerzielle Schiffe mehren sich. Das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer verschärft sich – und Europa schaut zu. Menschen, die ihnen in Seenot helfen, werden angeklagt. Selbst eine spanische NATO-Fregatte, die im Meer vor Libyen Bootsflüchtlinge vor dem Ertrinken rettete, durfte keinen europäischen Hafen anlaufen und wurde gezwungen, die unerwünschten Passagiere in Tunesien von Bord zu bringen. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex steht für den Ausbau eines tödlichen Grenzregimes, das unsere „Welt der Freiheit und Demokratie" vor dem Begehren der globalen Armen „schützen" will. Dieses Grenzregime ist eine der größten direkten Menschenrechtsverletzungen, die im Namen der EU begangen wird. Der tägliche Tod an den europäischen Außengrenzen ist eine Folge davon. Sechzig Jahre nach dem Ja zur Genfer Flüchtlingskonvention ist es höchste Zeit, die Solidarität mit den Schutzsuchenden zu erbringen, zu der sie uns verpflichtet. Das Sterben an den Außengrenzen muss aufhören. Wir wollen ein anderes Europa. Ein Europa, das wirklich für die Ideen der Humanität und Freiheit aller Menschen steht.

II. Staatschefs, die gestern noch Partner der EU waren, werden heute als Kriegsverbrecher und Folterer angeklagt. Als „Gendarmen Europas" und „Garanten der Stabilität" wurden sie hofiert, bezahlt und gestützt, ungeachtet ihrer längst offensichtlichen Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung. Die neu entstehenden Strukturen sollen diese Komplizenschaft fortsetzen: Vor der diplomatischen Anerkennung des libyschen Übergangsrates in Bengasi durch die EU-Staaten stellten italienische Unterhändler sicher, dass die Rebellen das schon unter Gaddafi bewährte Abkommen zur Abwehr von Flüchtlingen erneuern. Dieses Vorgehen hat Tradition. Schon 1999 beschloss die EU, sich eine gemeinsame Asyl- und Zuwanderungspolitik zu geben. Vereinheitlicht hat sie dabei vor allem ihre Bemühungen, sich abzuschotten. Länder weit jenseits ihrer Grenzen werden dabei zu Erfüllungsgehilfen gemacht; Entwicklungshilfe wird an die Bereitschaft gekoppelt, Flüchtlinge und (Transit-)MigrantInnen zu stoppen. Die EU nimmt mit den sogenannten Drittstaatenabkommen zur gemeinsamen Flüchtlingsabwehr Einfluss auf die Ausgestaltung der dortigen Innenpolitik. Durch den Aufbau einer Überwachungslogistik und den Verkauf modernster Sicherheitstechnik werden die repressiven Systeme (Polizei, Armee, Geheimdienste) dieser Staaten und deren Vertreter gestärkt. In Libyen und Tunesien zeigt sich, wie diese Hochtechnologie zur Flüchtlingsabwehr in Krisen gegen demokratische Bewegungen eingesetzt wird. Aber auch Grundrechte wie die Ausreise- und Bewegungsfreiheit werden durch erzwungene neue gesetzliche Regelungen in den »Partnerländern« eingeschränkt und Verstöße hart bestraft. Beharrlich hält die EU an solchen Komplizenschaften fest. Das muss aufhören.

III. Nur ein Bruchteil der Flüchtlinge der Welt kommt nach Europa; die übergroße Mehrheit bleibt in den Ländern des Südens. Daher sind die Bilder aus Lampedusa, aus dem griechischen Grenzgebiet oder aus Malta ein künstlich geschaffener Notstand. Populistische Politiker und Teile der Medien überhöhen die zur „Bedrohung" von Sicherheit und Wohlstand dramatisierte „Massenflucht" von Flüchtlingen und MigrantInnen weiter und schüren vorhandene Rassismen. So werden Ausgrenzungen und Aufrüstung legitimiert. Doch Flucht und Migration lässt sich nicht stoppen. Nicht sie sind ein Verbrechen, sondern wirtschaftliche und politische Verhältnisse, die die Menschen zwingen, sich durch Flucht über das Meer vor Not und Gewalt zu retten, sowie das Fehlen von legalen Einreiseperspektiven.

Schutzsuchende dürfen nicht instrumentalisiert werden, um künstliche Bedrohungsszenarien zu schaffen. Die EU muss ihre Grenzen abrüsten und den legalen und gefahrenfreien Zugang für Flüchtlinge ermöglichen.

IV. Die sogenannte Dublin-II-Verordnung regelt die Verantwortung für die Asylverfahren unter den Mitgliedsstaaten. Dieses europäische Gesetz hat die Verantwortung für die Aufnahme von Asylsuchenden extrem ungleich verteilt – zum Nutzen der Staaten ohne EU-Außengrenze, allen voran Deutschland. Diese Ungleichbehandlung trifft zuletzt die Flüchtlinge selbst, denen das Recht genommen wird, sich als Schutzsuchende ihren Aufenthaltsort selbst zu wählen. Die Dubliner Zuständigkeitsregelungen führen zu einer doppelten Verantwortungsverlagerung. Während sich die Kernländer der EU auf bequeme Art ihrer Verantwortung für eine humane Flüchtlingspolitik entziehen, wehren die EU-Mitglieder an den Außengrenzen vermehrt Flüchtlinge brutal ab. Die unfaire und unsolidarische Dublin-Regelung muss aufgehoben werden. Alle EU-Staaten müssen ihren gerechten Beitrag zum Flüchtlingsschutz leisten.

V.Flüchtlinge und MigrantInnen suchen nicht nur Schutz. Sie kämpfen um ein besseres Leben, für gleiche Rechte, für Autonomie und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum. Die Bewegungen der Flucht und Migration innerhalb des afrikanischen Kontinents und entlang der südlichen Grenzregionen der Europäischen Union sind der Preis einer Globalisierung, die an den Ressourcen und Märkten des afrikanischen Kontinents, nicht an seinen Menschen interessiert ist. Dabei muss gerechte Entwicklung den Menschen des Südens auf der einen Seite das Recht auf Ausreise garantieren, gleichzeitig die sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen schaffen, dass diese Menschen in ihren Herkunftsländern bleiben können. Entwicklungszusammenarbeit darf nicht zum Hilfsdienst für einen ausgelagerten Grenzschutz gemacht werden. Die Politik der EU und ihrer Mitgliedsländer muss kohärent auf eine global gerechte Entwicklung und die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen weltweit ausgerichtet werden.

VI. Europa beansprucht, ein „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ zu sein und beruft sich dazu auf seine Geschichte, auf Humanismus, Aufklärung, auf seine Revolutionen. Europäische Regierungschefs aber schämen sich nicht, Flüchtlinge als „menschlichen Tsunami“ zu diffamieren. Mit Enthusiasmus verfolgen wir die zivilgesellschaftlichen Aufstände in Nordafrika und in den Ländern des Nahen Ostens, vor allem das Streben der Menschen nach Freiheit und Gerechtigkeit. Die EU aber weigert sich, mit den neu errungenen Freiheitsrechten auch die Freiheit der Mobilität anzuerkennen.

Doch muss sich eine Welt, die sich der Demokratie verpflichtet, daran messen lassen, wie sie mit der Migration umgeht. Die Aufhebung von restriktiven Visabestimmungen, die Unterstützung von Schutzsuchenden und eine reale Perspektive für sie, innerhalb der EU eine neue Heimat zu finden, wären Ausdruck der in der Charta der Grundrechte und in vielen Verfassungen der Mitgliedsländer übernommenen humanitären und demokratischen Verpflichtungen.

Statt diese Freiheiten bei Bedarf populistisch wieder in Frage zu stellen, ist es höchste Zeit, dass sie für die EU auch außerhalb ihrer Grenzen Gültigkeit haben.

Online unterzeichnen:
http://bewegung.taz.de/aktionen/manifest/

Das Manifest ist Teil eines neu erschienenen Buches „Europa macht dicht“, das der Frankfurter Westend-Verlag mit der Berliner „tageszeitung“ herausgibt.

Europa macht dicht. Wer zahlt den Preis für unseren Wohlstand? Ihr kommt hier nicht rein!

Die Festung Europa nimmt Gestalt an. In den letzten Jahren hat es die EU geschafft, mit repressiven Mitteln ihre Außengrenzen für Flüchtlinge immer unüberwindbarer zu machen. Die Situation an den Rändern der EU eskaliert, in den Flüchtlingslagern wie etwa auf Lampedusa drohen humanitäre Katastrophen.

Es ist ein Skandal: Die EU schottet sich ab gegen Flüchtlinge, deren Armut sie durch ihre fragwürdige Subventionspolitik zum Beispiel in Afrika zu großen Teilen mit verursacht. Die Folgen: Für Flüchtlinge wird es immer gefährlicher, in die EU zu gelangen, es wird geschätzt, dass jeder vierte Flüchtling im Mittelmeer ertrinkt; für Schlepperbanden hingegen wird dieser „Geschäftszweig“ immer lukrativer.

Jürgen Gottschlich und Sabine am Orde zeigen die fatale Preisgabe der Menschenrechte an Europas Grenzen, untersuchen die fragwürdige Rolle der EU-Grenzagentur Frontex und fordern eine neue Flüchtlings- und Einwanderungspolitik für Deutschland und für Europa.

Über die Autoren
Jürgen Gottschlich war 1978 Mitbegründer der taz, ab 1979 Redakteur, 1991 bis 1993 schließlich Mitglied der Chefredaktion. Seit Ende 1998 Korrespondent für verschiedene deutsche und österreichische Tageszeitungen in Istanbul.

Sabine am Orde ist studierte Politikwissenschaftlerin und stellvertretende Chefredakteurin der taz. Seit vielen Jahren schreibt sie über die Themen Migration und Integration.

http://westendverlag.de/westend/buch.php?p=62&n=leseprobe ■

Demonstration gegen Ausgrenzung, Abschiebung und rassistische Migrationspolitik

Bielefeld. Ein breites Bündnis antirassistischer Organisationen ruft für den 22. Oktober zu einer Demonstration gegen Ausgrenzung, Abschiebung und rassistische Migrationspolitik in der Bielefelder Innenstadt auf. An diesem Tag wollen wir unseren Protest gegen das rassistische Abschiebesystem der EU, an dem Deutschland wesentlich beteiligt ist, lautstark auf die Straße tragen. Gerade in Bielefeld, wo sich eine der zentralen Ausländerbehörden (ZAB) befindet und massenhaft Abschiebungen durchgeführt werden, ist ein sichtbarer Widerstand gegen die Abschiebepraxis dringend notwendig!

Im Aufruf heißt es:

„In Bielefeld befindet sich eine der drei zentralen Ausländerbehörden (ZAB) NRWs. Ihre Aufgabe ist es, Abschiebungen vorzubereiten und durchzuführen. Sie soll dafür sorgen, dass eine Abschiebung ‚reibungslos‘ verläuft, das heißt unter anderem, dass für Personen ohne Pass Passersatzpapiere besorgt werden und eventuelle ‚Hindernisse‘ wie z. B. die Reiseunfähigkeit einer Person aus dem Weg geräumt werden müssen. Neben der ZAB sind in Bielefeld unter anderem ebenfalls die kommunale Ausländerbehörde sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge tagtäglich an der Vorbereitung und Durchführung von Abschiebungen beteiligt. Sie alle sind Teil der rassistischen Abschottungspolitik und müssen abgeschafft werden.

Die Widerstandsbewegungen von Flüchtlingen und Unterstützer_innen sind vielfältig und richten sich immer wieder erfolgreich gegen rassistische Ausgrenzung und gegen das menschenverachtende Abschiebesystem. Wir müssen nicht passiv zusehen, wie die bundesdeutsche Regierung die Menschenrechte unserer Mitmenschen missachtet und ihr Leben und ihre Sicherheit gefährdet.

Allein 2008 konnten 377 Abschiebungen verhindert werden – in 220 Fällen konnte dies durch den Widerstand der Betroffenen erreicht werden und in 76 Fällen haben Piloten sich geweigert zu fliegen.Abschiebungen stoppen! Für ein Recht auf Bewegungsfreiheit!“

Quelle: http://moveandresist.wordpress.com ■

Unterstützer_innen:
ag freie bildung Bielefeld, antifa ag an der Uni Bielefeld, ausbrechen.info (Ex-Bürengruppe), Paderborn, association critique Bielefeld, Antirassistische Perspektive Mühlheim, AK Asyl e.V. Bielefeld, Rom e.V.,Köln, Autonome Antifa Bielefeld, Grenzfrei Münster, No Lager Osnabrück, Kritische Uni Kassel, Antifa-West, Karawane Bielefeld, AStA der FH Bielefeld

Auftakt: 22. Oktober 2011, Bielefeld Hauptbahnhof, 13.30 Uhr

HRW kritisiert Abschiebungspolitik gegenüber osteuropäischen Rom

Frankreich. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat in einer Erklärung vom 29. September 2011 die massiven Abschiebungen von osteuropäischen Rom aus Frankreich kritisiert. HRW hatte im Juli dieses Jahres ein 20-seitiges Informationsdokument über die französische Abschiebungspolitik gegenüber den Rom an die Europäische Kommission geschickt, das nun veröffentlicht wurde. HRW fordert die EU-Kommission auf, die französische Abschiebungspolitik sorgfältig zu überprüfen.

Das Papier zeigt auf, wie das neue französische Migrationsgesetz, das im Juni 2011 in Kraft trat, es Frankreich erlaube, sich seinen Verpflichtungen hinsichtlich der europäischen Regelungen zur Freizügigkeit und den internationalen Regelungen zur Wahrung der Menschenrechte zu entziehen. Das Gesetz ziele besonders auf die Rom, es gehe gegen kurze wiederholte Aufenthalte in Frankreich, gegen Betteln und unerlaubte Lager vor. In manchen Regionen haben die Behörden es sich zur Gewohnheit gemacht, Rom abzuschieben, weil sie eines Tages Sozialhilfe in Anspruch nehmen könnten. Seit Juni wurden Rom gezwungen, Frankreich zu verlassen, einfach weil sie schon einmal dort gewesen waren, selbst wenn ihr Aufenthalt zu dem Zeitpunkt noch keine drei Monate währt.

„Man sollte sich fragen, was passieren würde, wenn z.B. Deutsche oder Schweden abgeschoben würden, nur weil sie einen zweiten Besuch in Frankreich machen", so Judith Sunderland von HRW. Im Laufe des Jahres hätten tausende rumänischer und bulgarischer Rom die Aufforderung erhalten, das Land zu verlassen. Der ganze Verfahrensablauf verletze die Rechte der Rom. Diese Aufforderungen würden einige Tage vor oder sogar während der Räumung von provisorischen Camps breit verteilt, ohne dass die individuelle Situation der Anwesenden geprüft werde. Die Personen, die eine Aufforderung erhalten, das Land zu verlassen, müssen entweder Rechtsmittel einlegen oder das Land innerhalb von 30 Tagen verlassen, sonst kommen sie in Abschiebungshaft und werden abgeschoben. Die Gerichte entscheiden uneinheitlich über die eingelegten Rechtsmittel. In mehreren Städten Frankreichs wurden die provisorischen Lager der Rom geräumt, ohne dass ihnen andere Quartiere zur Verfügung gestellt wurden.

Quelle: http://www.proasyl.de/de/news/newsletter-ausgaben/nl-2011/newsletter-nr-175 ■

:neuerscheinungen, ankündigungen

Dossier zum „Marsch für das Leben" 17.9.2011

Das Apabiz hat ein Dossier zum „Marsch für das Leben", der in diesem Jahr am 17. September stattfand, fertiggestellt. Wie schon in den letzten Jahren erfährt dieses zentrale Event der Antifeminist_innen, Abtreibungsgegner_innen und fundamentalistischen Christ_innen stetig Zulauf. Mit der zunehmenden Präsenz internationaler Akteure betreten nun auch Leute in Berlin die Bühne, die es für selbstverständlich halten, in ihren Publikationen von einem „Abortion Holocaust" (Bryan Kemper) zu sprechen. Es sind gerade diese internationalen Vertreter der radikalen Pro-Life-Bewegung wie Kemper und Philipp Vulff, die mit ihren Verweisen auf den Nationalsozialismus nicht nur diesen relativieren, sondern auch deutlich den Ton verschärfen: In ihrer Argumentation wird das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung und Abtreibung gleichgesetzt mit den NS-Verbrechen, die sich aus der Vernichtungsideologie der Nazis speisten.

Das Dossier besteht aus einer zusammenfassenden Einschätzung, O-Tönen aus Reden und Gottesdienst und Auszügen aus der Berichterstattung (Tagespresse und aus den Medien der „Lebensschützer_innen").

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
www.apabiz.de ■

Demokratische Politikwissenschaft

Demokratische Politikwissenschaft – oder einfach, was dasselbe ist, exakte" erklärte Reinhard Opitz im Vorwort seiner Dissertation als Anspruch seiner Arbeit. Opitz beschrieb auch, worauf sich diese demokratische – also exakte – Wissenschaft aufbaut: Sie zeichnet sich aus durch das inhaltliche Begreifen der politischen Erscheinungen, d.h. durch das Wahrnehmen der in den Erscheinungen zur Geltung kommenden Klasseninteressen.

Reinhard Opitz wurde am 2. Juli 1934 geboren. Nach Studium von Germanistik und Philosophie, später Sozialphilosophie, Politikwissenschaft und Geschichte promovierte er 1973 in Marburg bei Hans Heinz Holz über „Ideologie und Praxis des deutschen Sozialliberalismus 1917-1933". Die Entstehung und Verhinderung von Faschismus war sein zentrales Forschungsanliegen; der Widerstand gegen Militarismus und Demokratieabbau die praktische politische Konsequenz.

Eine Einordnung von Opitz' Werk ist nicht einfach. Er gilt als Faschismusforscher, Ideologiekritiker, Politikwissenschaftler oder Historiker. Seine Arbeiten strahlten aus bis in den Bereich der Psychologie. Opitz war aber auch ein Literaturkenner, Kunst- und Musikliebhaber mit überdies enzyklopädischen Interessen. Ihm selbst waren disziplinäre Zuordnungen immer fremd. Trotz der 1999 im BdWi-Verlag erfolgten Herausgabe einer 3-bändigen Edition unter dem Titel „Liberalismus · Faschismus · Integration" blieb Opitz' wissenschaftliches Werk bis heute wenig rezipiert und oft umstritten. Die spezifische Art, wie Opitz das Verhältnis und den Zusammenhang von Ökonomie, Politik und Ideologie gedacht hat ist nur von wenigen fortgeführt worden.

Ziel der Konferenz ist es, Impulse zu geben, dieses Herangehen von Opitz für uns heute wieder nutzbar zu machen. Reinhard Opitz starb vor 25 Jahren am 3. April 1986 an Lungenkrebs. Er ist nur 51 Jahre alt geworden.

Die geplanten Referate:

PHILIPP BECHER: Arbeitsteilung rechts-außen? Die Entwicklung der Pole ‚NPD' und ‚pro-Bewegung' als eine mögliche Ausdifferenzierung der Funktionsbestimmungen des Neofaschismus nach Opitz

DANIEL BRATANOVIC: Ludwig Erhards „Formierte Gesellschaft"

PROF. LUDWIG ELM: Die Leidensgeschichte der Freiheit in Deutschland. – R. Opitz über Liberalismus und Konservatismus

PROF. GEORG FÜLLBERTH: Zu R. Opitz' Kritik des Sozialliberalismus

RICHARD GEBHARDT: „Feindfreier Herrschaftsraum"? – Anmerkungen zur Analyse des Antisemitismus bei Opitz

KURT HEIILER: Der angebliche linke Flügel des Faschismus

JÖRG KRONAUER: Tradition verpflichtet – Zur Aktualität von Opitz' „Europastrategien"

TOM VAN DE LEUT: Das monopolkapitalistische Integrationsproblem

JÜRGEN LLOYD: Opitz' Begriffe „Demokratie" und „demokratisches Potential"

PROF. RAINER RILLING: Notizen zur Analyse der herrschenden Klasse(n)

Die Konferenz findet am Samstag, 19. November 2011 von 11 Uhr bis ca. 18 Uhr und am Sonntag, 20. November von 9:30 Uhr bis 15 Uhr statt.
Zur Finanzierung der Veranstaltung bitten wir um einen Beitrag von
10,– Euro (ermäßigt 5,– Euro)
Bitte anmelden per Mail an termin@marx-engels-stiftung.de oder info-ac@vvn-bda.de oder telefonisch unter 02 02-45 65 04.
Veranstaltungsadresse: Alte Feuerwache · Melchiorstr. 3 · 50670 Köln
http://www.altefeuerwachekoeln.de

Die neuen Rechten in Europa

TAGUNG: Zwischen Neoliberalismus und Sozialrassismus, 1. November, Mainz

Seit etwa zehn Jahren vollzieht sich ein kontinuierlicher Aufschwung von rechtspopulistischen Parteien in Europa. In Deutschland erleben wir eine Massenbegeisterung für die sozialrassistischen Thesen von Thilo Sarrazin. Neu an diesem Parteien- und Politikertyp ist ihr Politikstil, der sich nicht als neofaschistisch versteht, aber offenbar eben auch geistiges Rüstzeug für den Attentäter von Oslo lieferte.

Angesichts der bedenklich eskalierenden Entwicklung der letzten Jahre stellen sich viele Fragen: Ist es der Neoliberalismus der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Eliten, der den Nährboden für Rechtspopulismus und Rechtsextremismus schafft? Wo trifft der Diskurs der herrschenden Eliten mit dem populistischen Diskurs zusammen?

Und welche Strategien linker und demokratischer Kräfte sind geeignet, um der Entfaltung von Sozialrassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus wirkungsvoll entgegenzutreten? Reicht es, wie jüngst erfolgreich in Dresden, den Neonazis mit Massenblockaden auf der Straße den Weg zu versperren? Oder muss die europäische Linke dem Großbürgertum nicht überzeugende Alternativen zum globalen Neoliberalismus entgegensetzen?

PROGRAMM
10.00 Uhr Eröffnung
10.15 - 12.30 Uhr Vorträge/Diskussion
1. Europäischer Rechtspopulismus – Gemeinsames und Unterschiede / Dr. Sven Schönfelder, Soziologe, Universität Vechta
2. Warum ist Sarrazin mit seiner sozialrassistischen Demagogie so erfolgreich?/ Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Universität Köln
3. Neoliberalismus als Rahmenbedingung für die Entfaltung des Rechtspopulismus / Dr. Katrin Reimer, FU Berlin

12.30 - 13.30 Uhr Mittagspause
13.30-15.30 Uhr Workshops/Impulsgeber
1. Vormarsch der Rechtspopulisten in West-, Ost-, Süd- und Nordeuropa / Dr. Gerd Wiegel, Politikwissenschaftler, Berlin / Nina Schillings, Politikwissenschaftlerin, Köln
2. Sozialer Nährboden für rechte Bewegungen / Michael Zander, Autor, Berlin / Kerstin Kröditz, MdL , Fraktion DIE LINKE, Leipzig
3. Medialer Rechtspopulismus als Reproduktion rassistischer Ressentiments / Helmut Kellershohn, Historiker, Duisburg / Manuela Schon, Stadträtin, Rathausfraktion DIE LINKE & PIRATEN, Wiesbaden, angefragt
4. Pro-Bewegung und Antiislamismus / Alexander Häusler, Dipl. Soziologe, FH Düsseldorf / Hans Peter Killguss, Autor, Köln
5. Rechtspopulist Berlusconi und kein Ende? / Prof. em. Dr. Karin Priester, Historikerin, Münster, /Sergio Muzzupappa, Autor, Neapel

16.00 - 18.00 Uhr Podium: Gegenstrategien linker und demokratischer Kräfte
DiskutantInnen: Patrick Bahners, Feuilletonchef der FAZ, Buchautor, Frankfurt / Richard Gebhardt, M.A., Politikwissenschaftler, RWTH Aachen / Alexander Häusler, Dipl. Soziologe, FH Düsseldorf / VertreterIn der französischen Gewerkschaften – angefragt / VertreterIn der SP der Niederlande – angefragt / VertreterIn des Bündnisses gegen Pro Köln – angefragt.
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt, E-Mail: hessen@rosalux.de, www.hessen.rosalux.de
Dienstag, 1. November, 10 Uhr
Bürgerhaus Kastel, Zehnthofstr. 41, 55252 Mainz-Kastel

„Wir haben genug – Genug zu tun!"

THÜRINGEN. Unter diesem Motto laden am 4. und 5. November 2011 verschiedene Gruppen, Initiativen, Gewerkschaften und Organisationen zum 21. antirassistischen und antifaschistischen Ratschlag nach Gera ein. Seit 1992 wird der Ratschlag jährlich in verschiedenen Thüringer Städten, vorwiegend in denen mit größeren bzw. gefestigten Neonazistrukturen, veranstaltet. Vor 10 Jahren fand der Ratschlag schon einmal in Gera statt.

Anregende Diskussionen, Workshops, leckeres Essen, Infostände und ein Abschlusskonzert erwarten alle Interessierten. In insgesamt zwölf Workshops am Samstag, den 5. November, werden praktische Themen wie die Begleitung von Flüchtlingen bei Behördengängen neben grundsätzlichen Fragen wie „Was ist Antifaschismus?" stehen. Beginnen wird der Ratschlag bereits am Vorabend mit einem Mahngang durch die Stadt. Dabei soll sowohl an die jüdischen Schicksale in Gera erinnert als auch die damit zusammenhängenden Ausgrenzungsmechanismen in Vergangenheit und Gegenwart öffentlich thematisiert werden.

Das Abschlusskonzert wird mit „Feine Sahne Fischfilet", „Tapete", „Crying Wölf", „DJ Peak" und einem lokalen Überraschungs-DJ am 5.11. im Sächsischen Bahnhof stattfinden. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Selbstverständlich sind Personen, die dem rechten Spektrum angehörig sind oder mit solchen sympathisieren, von der Veranstaltung ausgeschlossen.

Weitere Informationen unter: http://www.ratschlag-thueringen.de/ ■

Margrit Schiller: So siehst du gar nicht aus!

Eine autobiografische Erzählung über Exil in Kuba und Uruguay

Das Buch reflektiert eine ungewöhnliche Exil-Geschichte: Zwei Mal wegen Mitgliedschaft in der RAF zu insgesamt mehr als sieben Jahren Gefängnis verurteilt, entscheidet sich Margrit Schiller 1985, die alte Bundesrepublik zu verlassen und nach Kuba ins Exil zu gehen, um einer erneuten Verhaftung und der drohenden Sicherheitsverwahrung zu entgehen. Acht Jahre später emigriert sie mit ihrem kubanischen Mann und den beiden in Kuba geborenen Kindern nach Uruguay, ein Land, in dem sie hofft, ihre Erfahrung als politische Gefangene mit anderen Menschen teilen zu können.

Ihr Buch ist ein sehr ehrliches und selbstreflexives Zeugnis, das grundlegende Exilerfahrungen thematisiert. Mit wachem, kritischem Blick zeichnet sie die Probleme des Alltagslebens in Havanna und Montevideo nach. Ihr Buch nimmt uns mit auf eine Reise, auf der es mehr als 15 Jahre lang kein Zurück zu geben schien.

Mittwoch, 16.11.2011. 20.00 Uhr
Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55, 20357 Hamburg
Eintritt 3,- Euro ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Deutsche Politiker sind Kollaborateure

Mit einem äußerst unvorteilhaften Bild von Bundeskanzlerin Angela Merkel und der ebenso reißerischen wie sperrigen Überschrift „Zahlmeister oder Prügelknabe – Deutschland im Fadenkreuz der Netzwerker für die ‚Vereinigten Staaten von Europa'" soll das Titelblatt der Oktoberausgabe von ZUERST! die Käufer(innen) anlocken. Ist das erstgenannte, auf dem die Regierungschefin so aussieht, als würde sie extrem unzufrieden in der Nase bohren, noch ganz lustig, scheint der Text nichts Neues zu versprechen. EU-Feindschaft zählt schließlich zu den ideologischen Fundamenten der deutschen Rechten und ist in einer Zeit der (nicht nur) europäischen Finanzkrise mehr als wohlfeil.

Der titelgebende Aufmacherbeitrag von *Georg Kutowski*, *Dirk Reinartz* und *Falk Tiedemann* verspricht denn auch wenig Aufregendes: „Im Schatten der EU-Schuldenkrise werkeln Eurokraten immer unverblümter an den ‚Vereinigten Staaten von Europa'. Der Druck auf Deutschland nimmt zu. Aber auch die Gegenkräfte wachsen...". Interessant wird der Beitrag an der Stelle, wo es um die Rolle des deutschen Staates in der Weltpolitik geht, um „eine eigenständige nationale Interessenpolitik". Da heißt es: „Dem deutschen Außenminister war offensichtlich bewußt, daß deutsche Interessen eben nicht immer und schon gar nicht zwangsläufig mit den Interessen der USA, Frankreichs oder Großbritanniens deckungsgleich sind. Wäre dies so, hätte sein Amt ja auch gar keine Existenzberechtigung, es könnte dann auch gleich vom State Department oder dem Quai d'Orsay mit erledigt werden. So wird die deutsche Enthaltung bei der Libyen-Resolution jenseits aller ‚Bündnistreue'-Beschwörungen nachvollziehbar, wenn man berücksichtigt, daß Deutschland und Frankreich in Nordafrika beinharte Wirtschaftskonkurrenten sind. In den letzten Jahren hat Frankreich seinen Einfluß im Maghreb massiv auf deutsche Kosten ausgebaut, bei Vertragsabschlüssen kommt ‚die französische Wirtschaft häufiger zum Zuge', formulierte schon im Mai 2009 ein Papier der Berliner Stiftung für Wissenschaft und Politik. Daß man unter diesen Voraussetzungen nicht kopflos in das Kriegsgeheul von Sarkozy einstimmt, sollte einleuchten. Sarkozy kann allerdings zufrieden sein: Unter Berufung auf die französische Zeitung Liberation meldet der Focus, ‚Frankreich solle als Belohnung für seine führende Rolle bei den Militärinterventionen Zugriff auf ein Drittel des libyschen Öls bekommen'".

Damit ist dann schon mal geklärt, um was es geht. Dem wirtschaftlichen Interesse „Deutschlands" (dass es um die Interessen der Konzerne geht, das als „deutsches Interesse" lediglich maskiert wird, wird natürlich nicht genannt) stehen entgegen in erster Linie die USA: Nachdem Ex-Außenminister Josef Fischer mit einer Kritik der Außenpolitik der derzeitigen deutschen Regierung zitiert wird, heißt es über ihn: „Als US-Interessen-Vollstecker hat sich Fischer bereits im Amt des Außenministers qualifiziert. Wohl auch deshalb konnte er nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 2006 als ‚Experte für transatlantische Beziehungen' für den New Yorker ‚Council on Foreign Relations' (CFR) tätig werden, eine Art ‚Politbüro für den Kapitalismus' (Spiegel). Wenig später wurde Fischer Gründungsmitglied und Vorstand bei dessen europäischem Ableger, dem ‚European Council on Foreign Relations', der von dem Großspekulanten und Milliardär George Soros finanziert wird".

Noch einmal wird wenig später Soros genannt: „Immerhin hören ja deutsche Politiker gern auf die vermeintlich ‚guten Ratschläge' prominenter Experten. So hatte im August US-Milliardär George Soros in einem Gastkommentar für das Handelsblatt geäußert, Deutschland sei in die Lage gedrängt worden, als größte europäische Volkswirtschaft ‚über die Zukunft Europas entscheiden zu müssen'. Damit stimmte er in den Chor jener ein, die permanent von Deutschland fordern, es müsse ‚mehr Verantwortung übernehmen'. Das klingt verführerisch, legt es doch eine politische Führungsrolle nahe, die der deutschen Wirtschaftskraft entspricht. Genau das ist aber gerade nicht gemeint… Deutschland soll zahlen".

Es geht also darum, auf welche Weise Deutschland mehr wirtschaftlichen und damit weltpolitischen Einfluss erhält oder, anders ausgedrückt, um imperialistische Interessenunterschiede.

Andreas Mölzer, Europaparlamentsabgeordneter der österreichischen FPÖ, drückt es im Interview so aus (Fragen kursiv - tri): *„...was bedeutet, daß Deutschland mehr zahlen soll?* Genau das verbirgt sich hinter diesem wohlklingenden Satz. *Man könnte ihn ja auch dahingehend interpretieren, daß Deutschland eine Führungsrolle in Europa spielen solle.* Das klingt schon sehr romantisch. Aber das ist natürlich nicht gemeint, daß die Deutschen ihre Interessen wahrnehmen sollen, wie es beispielsweise die Briten oder Franzosen tun. Die Deutschen sollen um Gottes willen nur zahlen und sich sonst zurückhalten. ‚Deutsche Verantwortung' im Sinne des EU-Establishments heißt heute: zahlen, zahlen und nochmals zahlen".

Günter Maschke, altrechter Ideologe, setzt dieser Argumentation im Interview dann die Krone auf (Fragen kursiv - tri): „Die Bundesrepublik Deutschland ist ja kein souveräner Staat, das vergessen wir bei diesen Debatten immer. ... Sehen Sie, das deutsche Grundgesetz ist ja von einem außerordentlichen Mißtrauen gegenüber dem Souverän erfüllt. Daher sieht es gar nicht vor, den Souverän bei solchen Entscheidungen nach seiner Meinung zu fragen. Das macht es ja für mich persönlich so problematisch, daß ich dieses Grundgesetz verteidigen und lieben soll. *Tun Sie das nicht?* Nein. Sehen Sie, das Grundgesetz haben wir Deutschen uns ja nicht selbst gegeben oder gar erkämpft, sondern es wurde uns oktroyiert. Unter für damalige Zeiten verständlichen Umständen hat nach 1945 eine Gruppe westdeutscher Kollaborateure unter Aufsicht und Kontrolle der alliierten Siegermächte dieses Grundgesetz angefertigt … Dieses ganze System ist auf die Schwächung Deutschlands ausgelegt… *Wenn deutsche Politiker bereits vorher wissen, daß ihr Auftrag ist, Deutschland zu schwächen, sind sie dann Kollaborateure?* Sicher. Das ist ja ein Kollaborationssystem. Die alte Regel der Alliierten ist: Deutschland soll zahlen, zahlen, zahlen. Heute sieht das natürlich etwas hübscher aus. Der Deutsche zahlt nicht nur, sondern kann auch in Urlaub fahren oder ein nettes Auto haben. Aber der deutsche Staat darf kein internationaler Machtfaktor sein". *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507